

Egon Hölder
Durchblick ohne Einblick



*Gustav-Stresemann-Ring 11, Wiesbaden,
Dienstgebäude des Statistischen Bundesamtes seit 1955.*

Egon Hölder

**Durchblick ohne
Einblick**

Die amtliche Statistik zwischen
Datennot und Datenschutz

EDITION INTERFROM

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Hölder, Egon:

Durchblick ohne Einblick: d. amtl. Statistik zwischen
Datennot u. Datenschutz / Egon Hölder. —

Zürich: Edition Interfrom; Osnabrück: Fromm, 1985.

(Texte + [und] Thesen; 179)

ISBN 3-7201-5179-4

Alle Rechte vorbehalten

© EDITION INTERFROM, Zürich 1985

Vertrieb für die Bundesrepublik Deutschland:

VERLAG A. FROMM, Osnabrück

Gestaltung: Zembsch' Werkstatt, München

Gesamtherstellung: Druckhaus Fromm GmbH, Osnabrück

Inhalt

Einleitung	7
Statistik — wozu?	11
Zum Beispiel: im Bildungswesen	15
Zum Beispiel: im Wohnungswesen	16
Zum Beispiel: im Wirtschaftsbereich	18
Zum Beispiel: im Gesundheitsbereich	20
Der einzelne und die Statistik	23
Mittel und Methoden	30
Zählen	30
Stichproben	33
Statistik aus anderen Quellen	35
Qualifizierte Schätzungen	38
Warum überhaupt noch Vollzählungen?	38
Wie groß müssen Stichproben sein?	39
Methodenzusammenhang	41
Auswerten statistischer Ergebnisse	42
Erleichterung der Beurteilung durch Herausnehmen von Störfaktoren	47
Trend	48
Die Entwicklung eines statistischen Gesamtbildes	49
Statistik und Datenschutz	53
Freiwilligkeit	58
Die Anfänge reichen weit zurück	61
Organisation und Zuständigkeit	63
Ablauf von Bundesstatistiken	65
Privatisierung?	67

Revision des statistischen Gebäudes	77
Struktur und Entwicklung der Bevölkerung	82
Raumordnung	84
Stabilitätspolitik	85
Strukturpolitik	86
Arbeitsmarkt	87
Finanzpolitik	89
Sozialpolitik	90
Exkurs	91
Volkszählung	91
Mikrozensus	96
Ausblick	100
Anhang	101
Volkszählung — Inventur des Staates	101
Arbeitsmarktpolitik	104
Rentenentwicklung	105
Wohnungsversorgung	106
Umweltschutz	106
„Ja“ zur Inventur des Staates 1986	107

Einleitung

„Ich traue keiner Statistik, es sei denn, ich hätte sie selbst manipuliert.“ Das Wort wird Churchill, dem britischen Kriegspremier, zugeschrieben. Es mag tatsächlich von ihm stammen; populär ist es, weil es viele liebgewordene Vorurteile aufnimmt, sie gar bestätigt. Zugleich führt es aber auch mitten hinein in zentrale Probleme der Statistik allgemein und auch der amtlichen Statistik.

Wie die Währung braucht auch die amtliche Statistik, um wirken zu können, das öffentliche Vertrauen. Wie die Währung kann sie dieses öffentliche Vertrauen nur erwerben und behalten, wenn ihr Verfahren, ihr Umgang mit Daten und Informationen, ihr Recht auf die Verhaltensweisen der Beteiligten streng rechtlich geregelt sind. Diese strengen Regeln müssen sich also zum einen auf den redlichen und sorgfältigen Umgang mit den vom Bürger übergebenen Daten beziehen, sie müssen aber auf der anderen Seite auch gewährleisten, daß die amtliche Statistik das in sie zu setzende Vertrauen sachlich verdient. Dazu gehört die Gewährleistung einer Bürgerbeteiligung, die sachliche, zutreffende, also der Wahrheit entsprechende Ergebnisse statistischer Arbeit möglich macht. Wo Statistik aus Sachgründen zwingend ist, muß deshalb auch eine Verpflichtung der Mitbürger — aller oder repräsentativ ausgewählter — zur Mitwirkung an statistischen Erhebungen, d. h. eine Auskunftspflicht, festgesetzt werden.

Churchills eingangs zitierter Satz ist wohl nicht ohne Grund formuliert worden. Die Statistik in England war damals noch nicht umfassend organisiert, sondern wurde von einzelnen Ressorts erhoben und von ihnen ausgewertet. Churchill zog daraus die Konsequenz, den britischen statistischen Dienst entsprechend den

Sachanforderungen zusammenzufassen und von Interessengruppen stärker abzusetzen.

Die deutsche amtliche Statistik hingegen wird — dem Objektivitäts- und Neutralitätsanspruch entsprechend — von selbständigen Statistischen Ämtern erstellt. Durch verschiedene Vorkehrungen werden Güte und Neutralität der Arbeit dieser Ämter gewährleistet.

Dennoch bleiben Mißverständnisse nicht aus. Sie ergeben sich nicht zuletzt aus dem schillernden Gebrauch des Wortes „Statistik“. Was ist Statistik? Statistik ist für den Normalbürger alles, was sich als eine Zusammenstellung von Daten über quantitative Gegebenheiten darstellt. Da gibt es die Statistik der Fußballvereine über die erzielten Tore; da erstellen Handelskammern Statistiken über die in ihrem Kammerbezirk ausgebildeten Berufsanfänger; Theater verfügen über eine Besucherstatistik, aus der die Beliebtheit der gespielten Stücke abzulesen ist; in manchen Kirchen kann man über Jahrhunderte hinweg eine Statistik der Abendmahlsbesucher finden; sogar die Aufschreibungen des Leporello über die Liebesabenteuer des Don Juan werden als Statistik gewertet.

Diese Vermengung amtlicher, mit staatlichen Objektivitätsgarantien versehener statistischer Daten mit den Aufschreibungen und Zusammenstellungen privater, unter Umständen rein persönlicher Angelegenheiten schafft Verwirrung.

War da nicht eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, nach der die amtliche Statistik in ihrer Arbeit erheblich eingeschränkt wird? Dieser Irrtum als Folge einer fehlerhaften Auslegung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 über die für das Jahr 1983 vorgesehene Volkszählung schaffte zusätzliche Verwirrung. Tatsächlich hat das Bundesverfassungsgericht die amtliche

Statistik als eine unbedingt notwendige, für den Bürger und den Staat nützliche Arbeit bezeichnet und auch die Volkszählung als die zum Zeitpunkt des Urteils allein bekannte Maßnahme zur Erreichung dieser Ziele legitimiert. Es hat die Volkszählung damals wegen mehr am Rande liegender Umstände, insbesondere wegen der Zulassung eines Vergleichs der für die Volkszählung vom Bürger gemachten Angaben mit den Einwohnermelderegistern der Gemeinden („Melderegisterabgleich“), ausgesetzt und schließlich aufgehoben. Es hat dabei das Fragenprogramm mit einer unwesentlichen Einschränkung für Rechtens erklärt. Dennoch aber sind in der Öffentlichkeit die vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Rechtsfolgen häufig mißverstanden worden, als ob eine Volkszählung selbst nicht mehr zulässig wäre. Der neue Anlauf, den die Bundesregierung mit der amtlichen Statistik für eine Volkszählung 1986 genommen hat, gibt erneut Anlaß zum Nachdenken über Statistik, über ihre Notwendigkeit, ihre Möglichkeiten, ihre Grenzen.

Wer sich mit Statistik ernsthaft befaßt, muß erkennen, daß die amtliche Statistik eine wesentliche Arbeitsgrundlage für Staat und Wirtschaft und auch für den einzelnen Bürger bereithält. Die Statistik leistet einen entscheidenden Beitrag zu einer informationellen Infrastruktur in der Bundesrepublik und in der Europäischen Gemeinschaft. So wie es eine Infrastruktur für die Versorgung mit Energie, mit Verkehrsleistungen, mit Wohnungen etc. geben muß, so muß auch die Versorgung mit wesentlichen Informationen aufgebaut und gesichert werden. Einen bedeutsamen Teil der Beschaffung dieser Informationen und ihrer Weiterleitung an den daran interessierten Bürger hat gerade die amtliche Statistik zu leisten. Bei der Entwicklung der modernen Lebensbedingungen kann es nicht mehr

allein auf die Versorgung mit Energie und Rohstoffen, auf die Lieferung und Bereitstellung von Gütern aller Art ankommen. Unsere Gesellschaft ist vielmehr auch im wirtschaftlichen, nicht nur im politischen Sinne zu einer Informationsgesellschaft geworden.

Der Strom der Informationen ist entscheidende Grundlage für Leben und Entwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Zu diesen Informationen gehören auch die Ermittlung und Verbreitung von Sammeldaten über mengenmäßige Umstände unserer Gesellschaft und deren Verteilung auf Regionen, Schichten, Gruppen. Die Statistik leistet für den wirtschaftlich-technischen Fortschritt wie für die Sicherung und Gestaltung der Zukunft Außerordentliches: Sie sammelt das Wissen über zur Zeit gegebene Zustände und Trends, bereitet sie so auf, daß auf gesicherten Grundlagen gerechnet und geplant werden kann.

Statistik ist Ermittlung der Wahrheit. Der George B. Shaw zugeschriebene Satz „Lüge — Erzlüge — Statistik“ müßte richtiger lauten: „Erzlüge — gemeine Lüge — Wahrheit durch Statistik.“

Statistik — wozu?

Vielen gilt die Statistik als eine Kunst, die um der Statistiker willen ausgeübt wird. Oder werden die Zahlenkolonnen nur ermittelt, um Reden von Politikern, von Verbandsvorsitzenden oder die Kommentare großer Zeitungen zu untermauern? Ist Statistik nicht einfach Theorie, die zur Kenntnis nimmt, wer mag, während der Praktiker sich an anderen Erkenntnisquellen oder an seinem Gefühl orientiert? Genügt Gefühl vielleicht? Wenn eine Gruppe von Bergsteigern eine mehrtägige Wanderung unternimmt und weiß, daß sie unterwegs kein Rasthaus, keine Hütte zu erwarten hat, wird sie kalkulieren, wieviel Lebensmittel und Getränke mitzunehmen sind, um bis zur glücklichen Rückkehr überleben zu können. Die Zahl der wahrscheinlich benötigten Tage wird mit der Zahl der Teilnehmer multipliziert und unter Zugrundelegung eines Tagesbedarfs die mitzunehmende Gesamtmenge ermittelt. In gleicher Weise trifft jede Familie für den vor ihr liegenden Monat, jede Firma für die vor ihr liegende Geschäftsperiode Vorsorge. In ähnlicher Weise muß auch der Staat die Bedürfnisse seiner Bürger vorausschätzen und die erforderlichen Vorkehrungen treffen bzw. dafür sorgen, daß die Bürger sich selbst auf die Zukunft vorbereiten können.

Schon in einer großen Gemeinde, erst recht in einem Staat sind die Lebenssachverhalte nicht mehr so überschaubar, daß sie rein gefühlsmäßig richtig erfaßt werden können. Man braucht Maßstäbe für die Zukunftsplanung. Man muß wissen, wie viele Menschen zu versorgen sind, in welchem Alter sie stehen, welches ihre Bedürfnisse sind in bezug auf die Versorgung mit Wasser, Verkehrsverbindungen, medizinische Betreuung, Sozialeinrichtungen, Bildung. Diese Orientierung

kann nur aus Zählungen und Rechnungen gewonnen werden. Übrigens wendet selbst unsere Bergsteigergruppe, wahrscheinlich unbewußt, eine statistische Methode an, indem sie die Erfahrungen anderer Bergsteiger, die vor ihr die Tour gemacht haben, nutzt, einen Durchschnittswert für den wahrscheinlichen Zeitbedarf annimmt und einen Sicherheitszuschlag hinzufügt.

Der moderne Staat hat eine ganze Fülle von Aufgaben, die er nur auf statistischer Grundlage richtig und vor allen Dingen wirtschaftlich, sparsam zu lösen vermag. Das gilt auch für eine Wirtschaftsordnung, bei der weithin der Initiative einzelner freier Raum gelassen wird. Wesentliche Grundentscheidungen werden dennoch in einer freien Ordnung von der staatlichen oder kommunalen Gemeinschaft zu treffen sein. Das gilt z. B. für die Bereitstellung der Infrastruktur, insbesondere der Versorgung mit Energie, Wasser, Verkehrsadern, Nachrichtennetzen. Es gilt aber auch für diejenigen privaten Tätigkeiten, die staatliche Erlaubnis und Planung voraussetzen. So ist etwa die private Bautätigkeit an vorausgegangene öffentlich-rechtliche Planungen gebunden, Planungen, die bebaubares Land als solches ausweisen und damit privates Bauen überhaupt erst zulässig machen.

Die Aufgaben der amtlichen Statistik sind also vielfältig. Sie lassen sich aber zum größten Teil auf einen gemeinsamen Grundnenner bringen: Statistik ermittelt mit großer Zuverlässigkeit und Objektivität mengenmäßig Sachverhalte und stellt sie in einleuchtender Gliederung dar. Entscheidungen in Staat und Wirtschaft können dann in Kenntnis der Sachverhalte und Größenordnungen, d. h. wissend und nicht blind, getroffen werden. Der Politiker muß bei der Gestaltung künftiger Lebensbedingungen, etwa bei der Alters-

sicherung, durch die Statistik die gegebene Ausgangslage richtig erkennen und Hilfen zur Beurteilung der wahrscheinlichen künftigen Weiterentwicklung erhalten. Die im Wirtschaftsgeschehen handelnden Kräfte brauchen Erkenntnisse über Marktverläufe, damit sich Unternehmungen bei ihrer Produktionsstrategie darauf einstellen können.

Statistik ist damit Voraussetzung für zeitgemäßes staatliches und wirtschaftliches Handeln, Grundlage für die öffentliche Daseinsvorsorge und ein Raster für unternehmerische Großplanungen.

Hingegen ist es nicht Aufgabe der Statistik, politische oder wirtschaftliche Entscheidungen so vorzuformen, daß sie gewissermaßen automatisch aus den statistischen Ergebnissen abgeleitet werden können. Mag auch in vielen Fällen eine hellsichtige, wache Benutzung statistischer Ergebnisse eindeutige Handlungsrichtungen weisen, so bleibt dem Politiker wie dem Unternehmer, dem einzelnen Bürger wie den Organisationen eine bewußte Entscheidungsfreiheit für andere Wege, für die Wahl anderer Zustände. Es ist eine Frage politischer Zielsetzung, ob man aus klaren statistischen Ergebnissen Konsequenzen zieht, die scheinbar naheliegen, oder ob man durch Unterlassen solcher Konsequenzen bewußt eine Veränderung der Verhältnisse herbeiführen will.

Ein Beispiel dafür ist die Situation der Junglehrer. Aus den demographischen Angaben der Statistischen Ämter war die Geburtenentwicklung seit langem bekannt. So konnte man Jahre im voraus errechnen, wie stark oder schwach die Jahrgänge sein würden, die in die Schulen kommen. So war es auch einfach, die Bedarfzahlen an Lehrern zu ermitteln, wollte man die gegebene Situation nicht verändern. Die politische Diskussion aber legte sich fest auf Verringerung der Klassen-

stärken, auf Einschränkungen der Lehrtätigkeit und Erweiterung des Lehrangebots. So kam es zu völlig anderen Ergebnissen, als sie aus dem vorliegenden Zahlenmaterial hätten gezogen werden müssen.

Die amtliche Statistik kann und will durch ihre Ergebnisberichte keineswegs Politik mit Zensuren belegen. Es bleibt vielmehr den politischen Bewertungen im normalen Spiel von Regierung und Opposition und der Diskussion in den Medien überlassen, ob zum Beispiel günstige Preisentwicklungen Folgen einer guten Wirtschaftspolitik oder Ergebnis einer allgemein günstigen Weltwirtschaftslage sind.

Es ist ohnehin nicht so, daß man immer die „richtigen“ Konsequenzen aus zutreffendem statistischen Material ziehen könnte oder sollte. Auch wenn die Statistik in bestimmten Bereichen eine Marktsättigung signalisiert, kann sich trotzdem ein Unternehmer durch ein besonderes Leistungsangebot gegen bereits bestehende, vielleicht nicht mehr aktive und kreative Konkurrenz durchsetzen. Der Wert der Statistik liegt in diesem Zusammenhang vor allem darin, daß für die Risikoabschätzung, für die Bewertung von Durchsetzungsmöglichkeiten und den Werbeaufwand ausreichende Entscheidungsgrundlagen vorhanden sind. Einer erkannten Gefahr kann man leichter entgegentreten als einer, die man nicht kennt; eine erkannte Chance ist leichter zu nutzen als eine, die man nur erahnt.

Im öffentlichen Leben, so bei der Gestaltung steuerlicher Vorschriften, bei der Festsetzung von Umweltschutzgeboten oder von allgemeinen Ordnungsvorschriften kommt es darauf an, möglichst wenig dem Zufall oder der ungewissen Zukunftsentwicklung zu überlassen. Die Statistik soll Entscheidungsgrundlagen auch dafür liefern, daß in bestimmten Situationen die

Belastbarkeit der Wirtschaft nicht „erprobt“ wird, sondern realistisch berechnet, sachlich beurteilt werden kann, damit Überlastungen vermieden werden, die volkswirtschaftlich schädlich wären. Dafür können z. B. die Ergebnisse statistischer Ermittlungen über die Kostenstrukturen in der Wirtschaft herangezogen werden, an denen sich auch die Auswirkungen neuer staatlicher Regelungen ablesen lassen. Ähnliche Aufgaben erfüllen die Erhebungen über das Einkommen und das Verbrauchsverhalten privater Haushalte.

Statistik bietet somit Orientierungshilfen, gibt Licht auf Wegen, die sonst im Dunklen gegangen werden müßten, ermöglicht dem modernen Industriestaat mit seinen vielfältigen Verflechtungen eine weitreichende Arbeitsteilung.

Zum Beispiel: im Bildungswesen

Die Bildungseuphorie der 60er und frühen 70er Jahre ist verflogen. Während damals internationale Vergleichszahlen über Schüler an weiterführenden Schulen, Studenten, Akademiker usw. die Diskussion über eine drohende „Bildungskatastrophe“ bestimmten, befinden wir uns heute in einer anderen Situation mit neuen Problemen: Die Schülerzahlen nehmen ab, die Zahl der arbeitslosen Junglehrer steigt, die Hochschulen sind (noch) überfüllt.

Diese Entwicklungen waren zumindest zum Teil aus den vorhandenen demographischen und bildungsstatistischen Informationen ableitbar. Daß keine eindeutigen Schritte zur Milderung der Ungleichgewichte unternommen wurden, kann man nicht der Statistik zum Vorwurf machen. Politische Entscheidungen haben ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten. Sie kommen aber

nicht umhin, statistische Informationen in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Wenn auch gegenwärtig keine hitzige Reformdiskussion geführt wird und Themen wie Chancengleichheit nicht die Gemüter bewegen, so darf die kontinuierliche Beobachtung wichtiger Tatbestände in diesem Bereich nicht vernachlässigt werden. Die ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre lassen den Bildungssektor nicht unberührt. So belegen zum Beispiel die einschlägigen Statistiken deutliche Verschiebungen bei der Wahl des Studienfaches. Als Reaktion auf die erwarteten Berufsaussichten wenden sich die Studienanfänger vom Lehrerstudium ab und besonders den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften zu. Wird hier der Grundstein für neue Ungleichgewichte gelegt? Bei den Abiturienten hat sich im Vergleich zu den 70er Jahren die Neigung zu studieren stark verringert, insbesondere bei den Abiturientinnen. Der Anteil der Studienanfängerinnen ist seit einigen Jahren leicht rückläufig. Wird damit der Bildungsrückstand der Frauen zementiert?

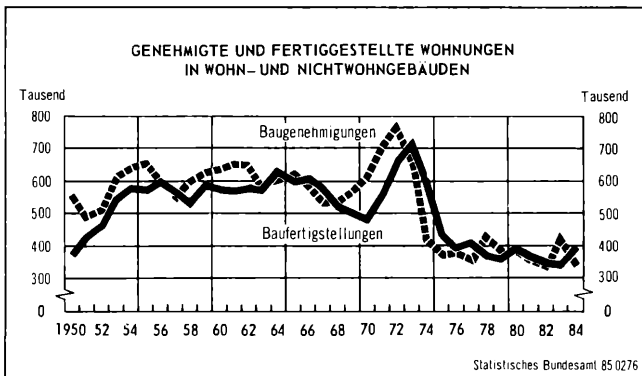
An diesen Beispielen wird deutlich, wie wichtig zuverlässige und ausreichende Informationen gerade für längerfristige und weichenstellende Entscheidungen sind. Sie können Signale setzen, damit Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegengesteuert werden kann.

Zum Beispiel: im Wohnungswesen

Die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum ist heute kein großes Thema mehr. Sicherlich gibt es noch Engpässe, zu hohe Mieten, sanierungsbedürftige Altbauten, Streit um die Erhaltung billigen Wohnraumes, aber im großen und ganzen

haben sich die Probleme entschärft. Wozu soll man also heute noch die Bevölkerung mit wohnungsstatistischen Fragen belästigen?

Es ist sicherlich richtig, daß quantitative Probleme heute nicht mehr vorrangig zu lösen sind. Aber dennoch leben zahlreiche Familien in beengten Wohnverhältnissen (so ergab zum Beispiel die Ergänzungserhebung zum Mikrozensus 1982, daß 10 Prozent der Haushalte mit fünf und mehr Personen weniger als 60 Quadratmeter zur Verfügung hatten). Heute müssen differenziertere Fragen beantwortet werden, insbesondere Fragen qualitativer Art. Was wissen wir über die Wohnsituation bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel kinderreicher Familien, alter Menschen, junger Paare, dauerhaft Arbeitsloser usw.?



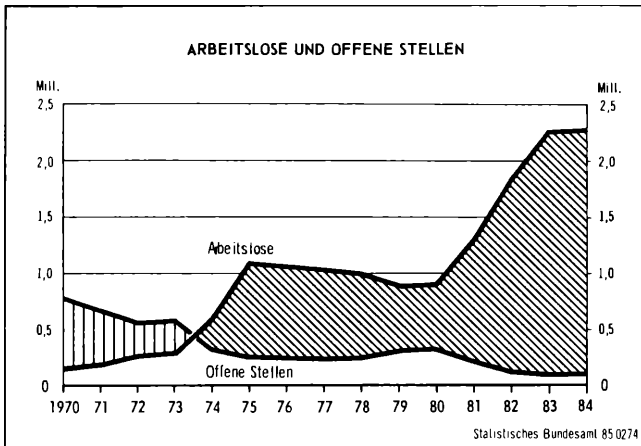
Eine der großen Aufgaben der Nachkriegszeit war es, neuen Wohnraum zu schaffen als Ersatz für den durch Kriegszerstörungen verlorengegangenen Wohnraum, zur Unterbringung der vielen Millionen in die Bundesrepublik geströmten Vertriebenen und Flüchtlinge, aber auch zur Anpassung an moderne Wohnbedürfnisse. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Baugenehmigungen und die darauf beruhenden Ergebnisse der Bautätigkeit der Nachkriegszeit. Die Kurven machen nicht nur das Auf und Ab an Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Wohnungsuchenden deutlich, sondern auch die wirtschaftlichen Größenordnungen bis hin zum Beschäftigungs- bzw. Arbeitslosenproblem.

Wie ist das Eigentum an Wohnraum verteilt? Haben die Steuervorteile zu einer breiten Streuung von Wohnungseigentum geführt? Wie stark sind die Haushalte durch Mieten oder Hypotheken belastet? Aus energie- und umweltpolitischer Sicht gewinnen Angaben über die Beheizungsart und die Wärmeisolierung der Gebäude an Bedeutung. Sind die sanitären und technischen Einrichtungen zeitgerecht? Verstärktes Interesse gilt auch dem Wohnumfeld, also Fragen nach der städtebaulichen Lage, der verkehrsmäßigen Anbindung, der Beeinträchtigung durch Lärm und Luftverschmutzung. Am Beispiel der Wohnungsstatistik zeigt sich das breite Spektrum der Verwendung der erhobenen Daten. Sie werden nicht nur für die Stadt- und Regionalplanung benötigt, sondern sind auch unentbehrliche Informationen für die Steuerpolitik, die Energie- und Umweltpolitik sowie für die Konjunktur- und Wirtschaftspolitik. Ein Verzicht auf die Datenerhebung in diesem Spezialbereich würde auch für viele andere Bereiche erhebliche Unsicherheiten mit sich bringen.

Zum Beispiel: im Wirtschaftsbereich

Staatliche Wirtschaftspolitik ist auf detaillierte statistische Informationen über die wirtschaftlichen Aktivitäten und Zustände national und international angewiesen. Besonders wichtig sind Daten über die Konjunkturentwicklung, die Beschäftigungslage, die Wettbewerbssituation, die Preisentwicklung, die Energie- und Rohstoffversorgung. Hier hat auch die Wirtschaft selbst parallele Informationsbedürfnisse.

Darüber hinaus bietet die amtliche Statistik Detailinformationen für spezielle Interessengebiete, wie z. B. die Produktions- und Absatzentwicklung für be-



Eine der zur Zeit leider bekanntesten statistischen Informationen ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Hinter diesen Zahlen stecken menschliche Schicksale, die aus persönlicher Verbindung viele Leser unmittelbar betroffen machen. Die Daten ergeben sich aus den Meldungen der Bundesanstalt für Arbeit. Die volle wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitslosigkeit kann nur im Verhältnis zu den tatsächlich Erwerbstätigen abgeschätzt werden. Diese Angaben sind in ihrer Genauigkeit von der Volkszählung abhängig. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der über die Arbeitsvermittlung angebotenen Stellen seit 1970.

stimmte Produkte im In- und Ausland, die Auftragslage, Arbeits- und Kapitalintensität sowie Auslandsabhängigkeit bestimmter Branchen. Sie kann allerdings nicht gezielt Detailinformationen für eine konkrete Entscheidungssituation liefern, sondern eignet sich in erster Linie als Rahmen- und Basisinformation für gezielte eigene Untersuchungen. Vor allem die Verbände greifen auf die breite Palette der amtlichen Ergebnisse zurück. Sie nutzen Datenmaterial allgemein noch intensiver als die einzelnen Unternehmen. Wichtige Konsumenten sind ebenso die Arbeitnehmerorganisationen und ihre Interessenvertreter.

Heute dient die wirtschaftsstatistische Datensammlung nicht mehr nur der Befriedigung punktueller Informationsbedürfnisse, sondern der kontinuierlichen Beobachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Ein Nutzen-Kosten-Vergleich kann deshalb nicht aus der Sicht eines einzelnen Unternehmens oder eines bestimmten Wirtschaftszweiges angestellt werden. Da sich aber in der Regel jeder Konsument nur für einen relativ kleinen Ausschnitt aus dem breiten Spektrum der amtlichen Statistik interessiert, ist es häufig schwer, die Notwendigkeit des gesamten Statistikgebäudes verständlich zu machen. Damit wird auch die Einsicht, warum bestimmte Daten erfragt werden, erschwert.

Zum Beispiel: im Gesundheitsbereich

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ein Sozialstaat bei der Planung und Durchführung der allgemeinen Daseinsvorsorge aktuelle Daten über Einrichtungen des Gesundheitswesens (wie zum Beispiel Krankenhäuser, Betten, Personal), über Auslastung und Kosten zwingend benötigt. Wie viele Ärzte mit welchen Fachgebieten versorgen die Bevölkerung? Treten gefährliche Infektionskrankheiten auf? Wie ist die Bevölkerung versichert? In welchem Ausmaß nutzt sie die Möglichkeit der Früherkennungsuntersuchungen? Auf diese Fragen liefert die amtliche Statistik traditionsgemäß verlässliche Antworten und kann auf die Mitarbeit der Auskunftspflichtigen rechnen.

Was wissen wir aber über den *Gesundheitszustand* der Bevölkerung? Ist es für eine fortgeschrittene Gesellschaft nicht an der Zeit, das Augenmerk auf Präventivmaßnahmen zu richten, anstatt zuzusehen, wie die Heilkosten laufend steigen? Die Entwicklung gesund-

heitspolitischer Programme setzt ausreichende Kenntnisse der Ausgangslage voraus.

Die amtliche Statistik hat deshalb Fragen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung in das Mikrozensus-Programm eingebaut. Gerade die Verankerung in dieser regelmäßig durchgeführten Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und das Erwerbsleben bietet vielfältige Auswertungsmöglichkeiten. Durch die Verknüpfung der Angaben über Krankheiten, Unfallverletzungen, chronische Leiden, Arbeitsunfähigkeit usw. mit Informationen über soziale und wirtschaftliche Verhältnisse (Beruf, Bildung, Familien- und Wohnsituation usw.) wird ein Einblick in das Umfeld der Erkrankten und damit über mögliche Ursachenkombinationen ermöglicht. Im langfristigen Vergleich läßt sich die Wirkung politischer Maßnahmen oder von Änderungen menschlicher Lebens- und Verhaltensweisen beobachten.

Über den wissenschaftlichen Nutzen und die praktisch-politische Relevanz eines solchen Informationsnetzes gibt es keine Zweifel. Das Problem ist, daß Fragen zur Gesundheit mehr noch als Fragen zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen als sehr persönlich empfunden werden. Bei der Entscheidung, ob derart „sensible“ Fragen in das Erhebungsprogramm aufgenommen werden, muß eine sorgfältige Abwägung stattfinden zwischen dem Recht des Bürgers auf den Schutz seiner Intimsphäre und der Verpflichtung des Staates, das allgemeine Wohl zu fördern. Wichtig ist die Unterrichtung der Befragten darüber, wieviel und wie vielen sie durch die Information über sich selbst helfen können. Ohne die Solidarität der Gesunden und Kranken gegenüber den Mitmenschen bei rücksichtslosem Beharren auf individueller Privatheit trotz wirkungsvollen Schutzes der Privatsphäre fallen Erkennt-

nismöglichkeiten aus, die Gesundheitsrisiken frühzeitig erkennen lassen. Als „Notlösung“ kommt die Beantwortung auf freiwilliger Basis in Betracht, so geschehen bei den Gesundheitsfragen im Mikrozensus und bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

Der einzelne und die Statistik

Wir alle sind von weit mehr Statistik umgeben, werden in Statistik einbezogen und erhalten mehr Informationen durch die Statistik, als wir gemeinhin wahrnehmen.

Die meisten Menschen haben eine gesplante Beziehung zur Statistik, sie nutzen auf der einen Seite direkt oder indirekt ihre Arbeitsergebnisse und müssen auf der anderen Seite durch Auskünfte direkt und indirekt zum Entstehen der Statistiken beitragen. Wie häufig im Leben, so wird auch hier der Vorteil als mehr oder weniger selbstverständlich hingenommen — oft wird sogar die Bereitstellung von noch mehr und noch aktuellerer Information gefordert —, während der eigene Informationsbeitrag als Belastung empfunden und beklagt wird.

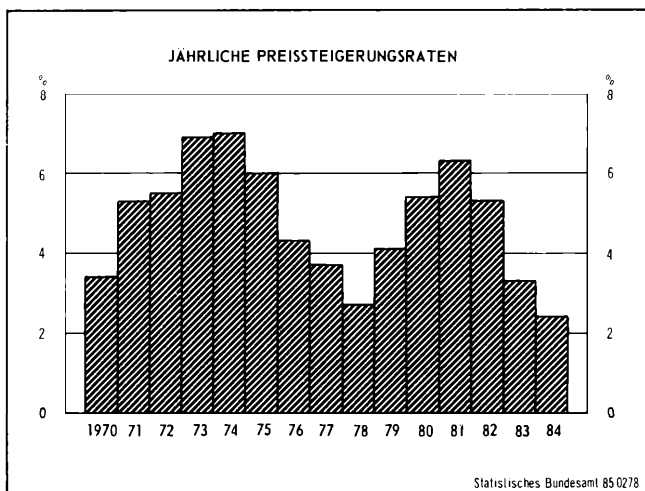
Den Nutzen der Statistik für den einzelnen deutlich zu machen, ist nicht immer einfach, denn dabei muß Verständnis für soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge vorausgesetzt werden. Statistik ist wissenschaftliche Ermittlung und Aufbereitung von Gegebenheiten und Handlungsvoraussetzungen für öffentliche und wirtschaftliche Tätigkeiten und Entscheidungen, die ihrerseits den Bürger direkt und nachhaltig positiv oder negativ berühren. Die Ergebnisse statistischer Arbeit sind aber sehr vielfältig und weitreichend.

Sie reichen von der Zahl und Gliederung der Verkehrsunfälle über den Ausstoß der Brauereien, die Bevölkerungsentwicklung und die Ernteergebnisse bis zu Produktionszahlen verschiedener Wirtschaftszweige. Nahezu 1400 verschiedene Veröffentlichungen mit teilweise sehr detaillierten Daten geben dem Fachmann spezifische Einsichten in seinen jeweiligen Arbeitsbereich. Rund 500 Pressemeldungen über neueste Ergeb-

nisse gehen vom Statistischen Bundesamt jährlich an die Medien. Die Vielfalt der Erkenntnisse und Mitteilungen ist für alle bestimmt. Die meisten entfalten ihre Wirkung innerhalb bestimmter Interessenbereiche. Das Statistische System wird deshalb ebenso unterschiedlich genutzt wie eine Tageszeitung: Interessieren sich dort die einen nur für Sport, andere nur für Wirtschaft, die dritten für Kultur, Technik oder Familienpolitik und die meisten für Mischungen aus diesen Gebieten, so käme doch niemand auf die Idee, der Zeitung überflüssige Berichterstattung — in den persönlich nicht interessierenden Themenbereichen — vorzuwerfen. Ebenso ist es bei der Statistik; sie folgt der Arbeitsteiligkeit des modernen Lebens und richtet ihre Tätigkeit auch an Gruppenbedürfnissen aus.

Eine Meldung aber interessiert fast alle Mitbürger Monat für Monat: die Mitteilung des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung. Er wird sehr sorgfältig ermittelt, dazu werden die Preise von ca. 800 Waren beobachtet, die nach ihrem Anteil an den Ausgaben eines durchschnittlichen Haushaltes bewertet sind. Das ermittelte Durchschnittsergebnis kann so natürlich für keinen einzigen Haushalt unmittelbar zutreffen. Es ist aber eine Aussage über die allgemeine Preisentwicklung oder den Geldwert. Die Kenntnis dieser Entwicklung ist wesentlich für die Beurteilung vieler wirtschaftspolitischer und gesamtwirtschaftlicher Sachverhalte. An sie direkt knüpfen richterliche Entscheidungen über die Festsetzung von Unterhaltsleistungen oder deren Anpassung an.

Bei Tarifverhandlungen der Sozialpartner spielen die Daten über die Lebenshaltungskosten ebenso eine wichtige Rolle. Die Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten ist aber nicht nur für Arbeitgeber-



Der Preisindex für die Lebenshaltung ist eine Zahl, die monatlich bekanntgegeben wird und breites Interesse findet. In die Berechnung dieser Kennziffer geht eine Fülle von Informationen über Preise und Verbrauchsgewohnheiten ein. Welche Preissteigerungsraten sich nach diesem Index seit 1970 Jahr für Jahr ergeben haben, zeigt das Schaubild.

und Arbeitnehmerverbände eine wichtige Nachricht. An diese statistischen Ergebnisse werden vielmehr nach derzeitiger Rechtslage auch die Altersruherenten gekoppelt. Dieser Zusammenhang wurde zu Beginn des Jahres 1985 besonders deutlich, da wegen des zeitlichen Zusammentreffens der Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner die Frage streitig war, ob die Rentner weniger als 1 % faktische Rentenerhöhung erhalten sollten.

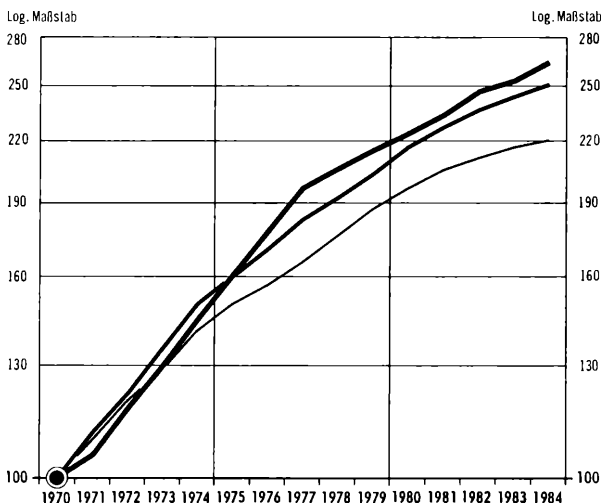
Auch wo dieser Zusammenhang nicht so direkt deutlich wird, ist die Nutzung statistischer Erkenntnisse für den einzelnen Bürger oft nachhaltig. So wird gerade bei den Überlegungen für die Ausgestaltung und weitere Entwicklung der Altersversorgung von einer

Vielzahl statistischer Daten ausgegangen, beginnend mit der nach den statistisch ermittelten Gegebenheiten vorauszuschätzenden Bevölkerungsentwicklung und dem daraus folgenden zahlenmäßigen Verhältnis von Rentnern, die aus den Sozialversicherungen Leistungen empfangen, zu aktiven Arbeitnehmern, die zusammen mit ihren Arbeitgebern diese Leistungen aufbringen müssen („Generationenvertrag“). Die Bevölkerungsentwicklung ist zur Zeit dadurch gekennzeichnet, daß wegen längerer Lebenserwartung (und früheren Eintritts in den Ruhestand) die Zahl der Leistungsempfänger zunimmt, während in einigen Jahren mit den immer schwächer werdenden Geburtsjahrgängen immer weniger Menschen im Arbeitsleben immer mehr Geld für die immer höher werdenden Leistungsbedürfnisse aufbringen müssen. Die Statistik macht hier deutlich, daß auch bei uns — wenn auch in viel subtilerer Weise als etwa früher in ländlichen Verhältnissen — die Kinder die Alterssicherung der Eltern übernehmen. Geschieht dies in einfacheren Gesellschaften direkt innerhalb der einzelnen Familien, so wird hier über die Sozialversicherungen ein Ausgleich geschaffen. Dieser Ausgleich führt allerdings dazu, daß diejenigen, die Kinder geboren, unterhalten und erzo-

Zur nebenstehenden Grafik: Sie zeigt einen Vergleich der Entwicklung der Renteneinkommen mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer im Zeitraum 1970 bis 1984. Die sich aus den gesetzlichen Anpassungen ergebende Zunahme der Renten lag danach leicht über der der Bruttolöhne und -gehälter und ging deutlich über den Anstieg der Nettolöhne und -gehälter hinaus. Vor allem in den Jahren 1975 bis 1977, aber auch 1982 und 1984 waren die auf das Kalenderjahr bezogenen Rentenanpassungen erheblich höher als die in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelten Zunahmen der Lohnneinkommen. (Siehe auch Tabelle Seite 28.)

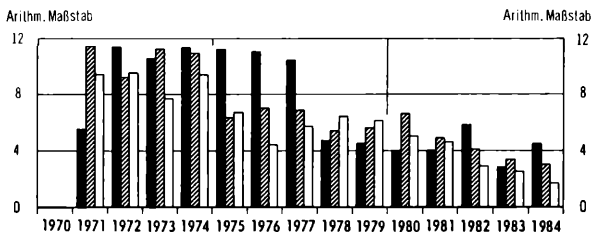
EINKOMMS- UND RENTENENTWICKLUNG 1970 = 100

- Rentenanpassung bezogen auf das Kalenderjahr (nach Abzug der Beiträge zur Krankenversicherung)
- Bruttolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer
- Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer



Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

- Rentenanpassung bezogen auf das Kalenderjahr (nach Abzug der Beiträge zur Krankenversicherung)
- Bruttolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer
- Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer



12. März 1985

Brutto- und Nettolohn- und -gehaltssumme und Rentenanpassung 1970 bis 1984

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer		Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer		Rentenanpassung bezogen auf das Kalenderjahr ¹⁾			
	nominal		nominal		nominal			
	DM je Monat	1970 = 100	Verände- rung in %	DM je Monat	1970 = 100	Verände- rung in %	1970 = 100	Verände- rung in %
1970	1153	100	—	894	100	—	100	—
1971	1284	111,4	+11,4	978	109,4	+9,4	105,5	+5,5
1972	1402	121,6	+9,2	1070	119,7	+9,5	117,4	+11,3
1973	1559	135,2	+11,2	1152	128,9	+7,7	129,7	+10,5
1974	1729	150,0	+10,9	1260	141,0	+9,4	144,3	+11,3
1975	1839	159,5	+6,4	1344	150,4	+6,7	160,4	+11,2
1976	1968	170,7	+7,0	1404	157,0	+4,4	178,1	+11,0
1977	2102	182,3	+6,8	1483	166,0	+5,7	196,7	+10,4
1978	2215	192,1	+5,4	1579	176,6	+6,4	206,0	+4,7
1979	2340	202,9	+5,6	1675	187,4	+6,1	215,3	+4,5
1980	2494	216,3	+6,6	1758	196,7	+5,0	223,9	+4,0
1981	2616	226,9	+4,9	1838	205,7	+4,6	232,9	+4,0
1982	2725	236,3	+4,2	1892	211,6	+2,9	246,3	+5,8
1983	2817	244,3	+3,4	1938	216,8	+2,5	253,2	+2,8
1984	2902	251,7	+3,0	1971	220,5	+1,7	264,5	+4,5

1) Berechnet mit dem Preisindex der Lebenshaltung für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte.

2) Nominal vor und real nach Abzug der Eigenbeiträge der Rentner zur gesetzlichen Krankenversicherung.

3) Berechnet mit dem Preisindex der Lebenshaltung für 2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern.

gen haben, damit für diejenigen mitsorgen, die sich solcher Mühe, aus welchen Gründen auch, enthalten haben. Das bedeutet Ungleichheit innerhalb der Generation. Die Statistik kann diese Entwicklungen nicht ändern, sie kann sie aber langfristig erkennbar machen; der *Durchblick* durch den Zustand der Gesellschaft, den sie — ohne *Einblick* in das Privatleben des einzelnen — ermöglicht, kann rechtzeitiges Bewußtsein für soziale Probleme fördern und frühzeitige Korrekturen einleiten.

Ohne statistische Grundlagen sind insbesondere Regelungen, die mit notwendigen Einschränkungen langfristige Sicherheit ermöglichen, kaum zu planen und durchzusetzen.

Die Richtigkeit der Entscheidungen, die wir heute für morgen und übermorgen zu treffen haben und die den Lebenszuschnitt jedes einzelnen Bürgers beeinflussen, hängt maßgeblich auch von der Qualität statistischer Arbeit ab.

Mittel und Methoden

Wie gelingt es der Statistik nur, die Zahlen zu ermitteln, die sie der Öffentlichkeit bekanntgibt? Hat sie etwa alle Bierfässer zu zählen, um den Verkauf von Bier zu ermitteln? Schaut sie in alle Bankbelege, in Lohnlisten, in Notizen von Hausfrauen über ihre Einkäufe?

Zählen

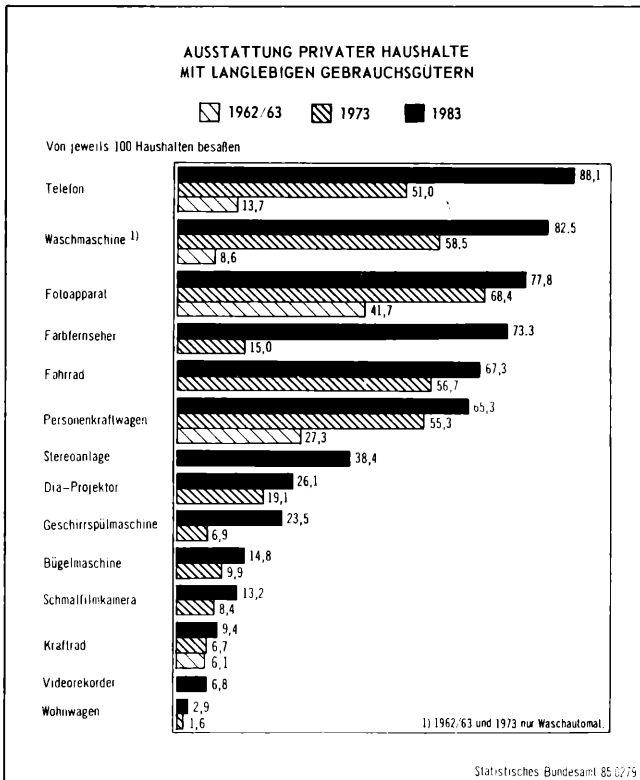
Die älteste, bekannteste und im allgemeinen wohl auch genaueste Methode ist das vollständige Erfassen der Gegenstände, deren Menge ermittelt werden soll. Zählen der Einwohner oder der Gaststätten, Wiegen bei Gütertransport oder Hafenumschlag, Messen von neugebauten Verkehrswegen.

Zählen heißt dabei nicht bloß einzeln erfassen und addieren, sondern auch zuordnen zu Gruppen. Allerdings tauchen bei der praktischen Durchführung Schwierigkeiten auf: Man muß sicherstellen, daß möglichst jeder einmal gezählt wird, aber keiner zweimal oder öfter. Aus der Weihnachtsgeschichte ist eine Methode bekannt, mit der dieses Ziel erreicht werden sollte, nämlich die Anordnung, daß jeder zur Zählung an seinen Heimatort reisen mußte, um sich dort erfassen zu lassen. Man mag streiten, ob es sich hierbei wirklich um eine Volkszählung oder doch mehr um eine Art Steuer-
veranlagung gehandelt hat. Jedenfalls könnten wir uns heute ein solches Verfahren nicht mehr leisten. Wir brauchen es auch nicht: Durch sorgfältige Planung und Zusammenarbeit der Ämter mit den Bürgern gibt es einfache und wenig belastende Verfahren, die das gleiche Ziel einfacher und schneller erreichen.

Immerhin ist dies das bekannteste Beispiel einer Volkszählung aus alter Zeit, der viele andere vorausgegangen bzw. gefolgt sind. Aber nicht nur in historischen Zeiten gab es Volkszählungen. Auch in der Neuzeit zählt man bis jetzt in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen die Bevölkerungen. Bis vor einigen Jahren war dies auch bei uns noch eine reine Selbstverständlichkeit. Inzwischen aber verstärkt sich die Meinung, es genüge, mit anderen Mitteln die erforderlichen Informationen zu sammeln; Zählungen seien technisch, wissenschaftlich überholt, ihre Notwendigkeit sei nicht nachweisbar. Wir werden auf diese Zusammenhänge später noch einmal zurückkommen. Tatsächlich aber zählt praktisch die ganze kultivierte Welt. Die Mittel sind nicht immer die gleichen, auch die Sachverhalte nicht, die bei der Zählung erfaßt werden; sie variieren von Land zu Land.

Damit ist ein wesentlicher Punkt angeschnitten: Eine Volkszählung hält nicht nur die Zahl der Häupter fest, sondern fragt auch nach Männern und Frauen, Lebensaltern, Berufen, familiären Verhältnissen. Moderne Volkszählungen

- ermitteln darüber hinaus die Lebensumstände der Bevölkerung;
- zählen die Häuser, die Wohnungen, ermitteln Angaben über Ausstattung und Größe der Wohnungen;
- versuchen herauszufinden,
 - welche Verkehrsnotwendigkeiten für den Bürger in seiner Region bestehen;
 - welche Arbeitsmöglichkeiten er in seinem Beruf, in seiner Heimatgemeinde oder in näherem Umkreis hat;
 - ob die Wohnungen dem technischen und sozialen Standard der Zeit entsprechen oder nicht;



Wohlstand, auch die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt, schlägt sich für den einzelnen meist in der privaten Lebensführung nieder. Dazu gehört auch die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern. Hier ist im letzten Vierteljahrhundert ein oft dramatischer Wandel eingetreten, der in der obigen Grafik verdeutlicht wird.

- welche Bildungswege von den Bürgern absolviert wurden und was sie mit dem Ergebnis ihrer Ausbildung im praktischen Berufsleben erreichen konnten.

Diese Kenntnisse sind entscheidende Grundlagen für eine sozial-orientierte rationale Politik. Angesichts der finanziellen Größenordnung vieler politischer Ent-

scheidungen lohnt sich auch ein erheblicher Aufwand, um diese Informationen zu erhalten, um Fehlentscheidungen zu vermeiden. Volkszählungen erzeugen einen beträchtlichen Aufwand. Um einen festgelegten Stichtag herum müssen viele ehrenamtliche Zähler ihre Mitbürger in deren Wohnungen aufsuchen, Fragebogen austeilen, auf Wunsch beim Ausfüllen helfen oder für sie ausfüllen, versuchen, alle Einwohner des ihnen zugeteilten Zählbezirks zu erfassen und zu Auskünften zu bewegen. Die Einwohner müssen diverse Angaben auf dem ihnen ausgehändigten Fragebogen machen. Wegen dieses Aufwandes werden Volkszählungen nur in größeren Abständen durchgeführt. Diese Abstände betragen im Deutschen Reich regelmäßig fünf oder zehn Jahre. Seit 1950 hat sich die Bundesrepublik im Prinzip für eine Zählung im Zehn-Jahres-Abstand entschieden. Auch die Europäische Gemeinschaft hat diesen Zählungsrythmus eingeführt.

Nicht nur das Volk, die Einwohner eines Staatsgebietes werden gezählt. Zählungen gibt es bei vielen Sachverhalten. So werden alle Unternehmen des Handels und die Gaststätten im Abstand mehrerer Jahre gezählt und dabei nach einer Reihe unterschiedlicher Merkmale erfaßt.

Stichproben

Würde man alle Daten, die benötigt werden, durch Vollzählungen, etwa durch eine vollständige Erhebung des Wirtschaftsgeschehens, ermitteln wollen, würde die Statistik zu einem Moloch, der die Arbeitszeit von Bürgern und Verwaltungen zu einem Großteil beanspruchen würde.

Schon früh haben daher die Statistiker Ersatzverfahren entwickelt. Am wichtigsten sind dabei die Stichpro-

bentechniken. Sie beruhen in ihrer Grundidee auf der Überlegung, daß zwar jeder Mensch ein Individuum ist, aber die meisten Menschen unter bestimmten Situationen und Gegebenheiten nach bestimmten gruppentypischen Verhaltensregeln handeln. Mag diese Erkenntnis den Individualisten auch schmerzen, so hat sie sich in vielen Jahrzehnten bestätigt. Es kommt daher nur darauf an, für festgelegte Fragestellungen in ausreichender Zahl „repräsentative“ Personen und Gruppen zu befragen und die Ergebnisse „hochzurechnen“, d. h. auf die gesamte Gesellschaft umzurechnen. Das Verfahren ist den meisten im wesentlichen nur aus demoskopischen Ermittlungen zu Fragen der Wählergunst und auch aus der Marktforschung bekannt. Die amtliche Statistik verwendet aber diese Stichprobentechnik seit langem mit großem Erfolg für vielfältige Aufgaben.

Die zahlenmäßig größte und vielleicht auch bekannteste Stichprobe ist der Mikrozensus, die Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Die Befragung bezieht sich auf ein Prozent der Bevölkerung, also auf rund 600 000 Einwohner.

Beim Mikrozensus werden zufällig ausgewählte Personen befragt. Jeweils dieselben Personen werden in vier aufeinanderfolgenden Jahren interviewt. Von ihnen werden Auskünfte zu einer ganzen Reihe von Lebenssachverhalten erbeten. Diese kombinierte Befragung erlaubt besonders aufschlußreiche Auswertungen. So kann, anders als bei Spezialerhebungen, nicht nur ermittelt werden, wie viele Personen Reisen in bestimmte Gebiete unternommen haben, sondern welche sozialen Voraussetzungen zu bestimmten Reisen geführt haben, wie sich z. B. Kinderreichtum, unterschiedliche Ausbildungsvoraussetzungen, Herkunft aus städtischem oder ländlichem Milieu unterschiedlich auswirken. Für die

Gesundheitspolitik können Erkenntnisse über die Folgen von Gewohnheiten, wie Rauchen oder Alkoholkonsum, auf die Gesundheit der einzelnen, bestimmter Gruppen, Altersstufen, der Geschlechter ermittelt werden. Jedes einzelne Merkmal bei einer Großstichprobe (Mikrozensus) schafft Kombinationsmöglichkeiten, die weit über die Einzelaussage, die aus dem jeweiligen Merkmal gewonnen wird, hinausgehen und einen Durchblick durch die Lage der Gesellschaft, Erkenntnisse über Nöte einzelner Gruppen und über Größenordnungen der erforderlichen Hilfe gewähren. Der Mikrozensus dient aber auch der Fortschreibung für die Zeiträume zwischen den einzelnen Volkszählungen. Von Volkszählung zu Volkszählung finden Wanderungen statt, die der einzelne kaum bemerkt, die sich einerseits in Einwohnerverlusten von Städten und Regionen bzw. Einwohnergewinnen in anderen Städten und Regionen niederschlagen und zu Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung, z. B. zur Veränderung des Ausländeranteils, führen.

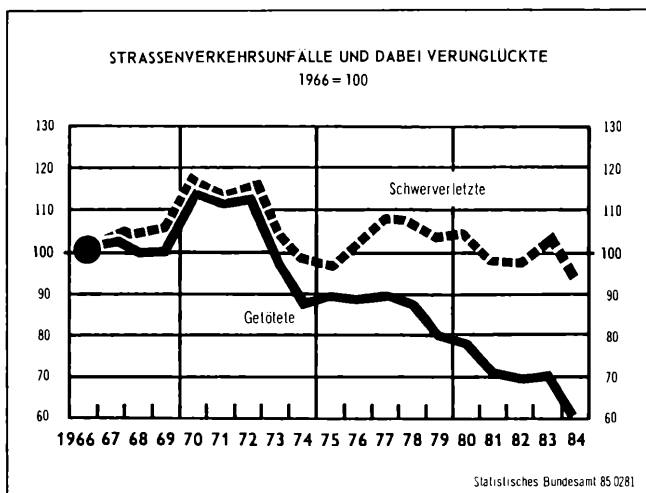
Neben dem Mikrozensus gibt es eine Vielzahl von Stichprobenerhebungen mit unterschiedlichen Zielen und unterschiedlichen Methoden. So wird das gesamte Verbraucherverhalten privater Haushalte aufgrund der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ bewertet, an der sich ca. 60 000 Haushalte freiwillig beteiligen. Das Ergebnis ist von großer Bedeutung für die Berechnung der Lebenshaltungskosten, aber auch für wirtschafts- und familienpolitische Untersuchungen.

Statistik aus anderen Quellen

Nicht immer ermittelt die amtliche Statistik ihre Zahlen durch eigene Zählungen oder eigene stichproben-

weise Erhebungen. Oft wäre das unwirtschaftlich und unvernünftig, weil die Zahlen anderweitig leichter und billiger beschafft werden können.

Zur Entlastung auskunftspflichtiger Bürger und zur Einsparung von Verwaltungsaufwand greift die Statistik daher auch auf die Tätigkeit von Verwaltungsbehörden zurück. Die zahlenmäßigen Ergebnisse der Arbeit der Standesämter dienen zum Beispiel der Ermittlung von Geburten und Todesfällen wie der Fortschreibung der durch die Volkszählung ermittelten Einwohnerzahlen. Die Unfallaufnahmen der Polizei



Ein dunkles Kapitel sind die Gefahren der Straßen und die Folgen der Verkehrsunfälle. Ihre Entwicklung zeigt hinsichtlich der Getöteten und der Schwerverletzten das obige Schaubild. Jeder mag sich die zeitbedingten Ursachen für die Erhöhung oder Minderung des Unfallgeschehens in Erinnerung rufen. Veränderungen der Straßen, Verbesserung der Qualität der Fahrzeuge, Änderungen im Verhalten der Kraftfahrer und sonstiger Verkehrsteilnehmer schlagen sich in dieser Negativbilanz des Verkehrsgeschehens nieder. Ein Beispiel für die Auswirkungen einer Einzelmaßnahme wird in der folgenden Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 20. 12. 1984 wiedergegeben.

Statistisches Bundesamt

Mitteilung für die Presse

wiesbaden, 20. dezember 1984
telef.: (06121) 75-2125

430/84

erfreuliche unfallbilanz 1984 im strassenverkehr — weniger unfalltote trotz steigender unfallzahlen

nach berechnungen des statistischen bundesamtes — die auf den monatsergebnissen von januar bis september und auf vorabergebnissen für oktober und november beruhen — mußte die polizei noch in keinem vorhergehenden jahr so viele strassenverkehrsunfaelle (1,79 mill. oder 5,9 prozent mehr als 1983) aufnehmen wie 1984. angestiegen ist aber nur die zahl der unfaelle mit sachschaden, und zwar um etwa 9 prozent auf ueber 1,4 millionen. die zahl der unfaelle mit personenschaden wird dagegen voraussichtlich um 4,1 prozent auf knapp unter 359 000 abnehmen. besonders stark zurueckgegangen ist 1984 die unfallschwere. die zahl der verkehrstoten duerfte gegenueber dem vorjahr um fast 15 prozent (1700 personen) auf knapp ueber 10 000 sinken, die der schwerverletzten um etwa 8 prozent auf 133 200. die zahl aller verunglueckten wird mit rd. 477 500 um 4,7 prozent unter dem vorjahresergebnis liegen.

innerhalb von ortschaften hat nach den berechnungen die zahl der unfaelle mit personenschaden auf 246 300 (– 4,6 prozent) abgenommen. erwartet werden dort rd. 3600 verkehrstote (– 15,8 prozent). auf autobahnen wurden mit 16 100 personenschadensunfaellen etwa 2 prozent mehr unfaelle aufgenommen, die zahl der toten geht aber um 19 prozent auf knapp ueber 700 zurueck. fuer die anderen ausserortsstrassen werden 96 500 unfaelle (– 3,6 prozent) und 5700 verkehrstote (– 13,3 prozent) erwartet.

zwei einflussfaktoren haben die positive entwicklung besonders stark mitbestimmt: das relativ schlechte sommerwetter hat die verkehrsteilnahme der besonders gefaehrdeten gruppen (zweiradfahrer und fussgaenger) verringert und damit ihr unfallrisiko vermindert, die erhoelte gurtanlagequote seit einfuehrung des bussgeldes hat zu einer deutlichen abnahme bei der zahl der getoeteten pkw-benutzer ab august 1984 gefuehrt. so wurden zum beispiel im august 24 prozent und im september 23 prozent weniger pkw-insassen getoetet als in den entsprechenden vorjahresmonaten. das statistische bundesamt schaezt, dass im jahr 1984 rd. 2090 fussgaenger (– 16 prozent), 910 radfahrer (– 15 prozent), 330 mofa/mopedbenutzer (– 34 prozent), 1220 motorradbenutzer (– 10 prozent), 5200 pkw-insassen (– 14 prozent) sowie 260 andere personen toedlich verletzt wurden.

statistisches bundesamt
gez.: hoelder + + +

werden zu Unfallstatistiken verdichtet. Die Mitteilungen der Finanzbehörden über die Steuerbescheide sind Grundlage der Einkommensstatistiken. Die Insolvenzenstatistik beruht auf den Mitteilungen der Gerichte.

Qualifizierte Schätzungen

Schließlich gibt es noch das Mittel der qualifizierten Schätzung. Manchem scheint damit der wissenschaftlich exakte Weg verlassen zugunsten bloßer, nicht nachprüfbarer Spekulation. Tatsächlich aber können erfahrene Statistiker anhand exakter Ausgangslagen und anhand eines ganzen Bündels von Informationen aus Veröffentlichungen und Parallelentwicklungen recht genaue Schätzungen vornehmen. Diese Schätzungen sind keine „Peilungen über den Daumen“, sondern eine indirekte Informationsermittlung, für die viele Quellen herangezogen werden. Die Treffsicherheit dieser Schätzungen läßt sich an einer Reihe von Fällen durch spätere Ermittlungen nachweisen.

Warum überhaupt noch Vollzählungen?

An dieser Stelle setzt häufig die Frage ein: Warum, wenn die Statistik so genaue Stichprobentechniken und vergleichbare Verfahren kennt, bedarf es dann noch einer Erhebung der Gesamtheit, etwa einer Volkszählung? Könnte man nicht die von der Volkszählung erwarteten Ergebnisse viel einfacher durch geeignete Stichproben ermitteln?

Dazu muß darauf hingewiesen werden, daß Stichproben, die mit nachprüfbaren Ergebnissen abgeschlossen werden sollen, ihrerseits eine Grundlage brauchen. Die

Stichprobentechnik beruht auf der Repräsentativität der Befragten. Diese Repräsentativität hinsichtlich der Zusammensetzung nach Geschlecht, Ausbildungsgang, Verteilung auf Stadt und Land usw. muß nachprüfbar sein. Sie kann nur nach Feststellung der Ausgangswerte der gesamten Bevölkerung umfassend beurteilt werden. Je differenzierter die Fragestellungen sind, desto höher werden die Anforderungen an die Repräsentativität der Befragten und desto unsicherer werden die Ergebnisse der Stichproben mit steigender Entfernung von der letzten Volkszählung und daher steigender Unsicherheit über die Zusammensetzung der Bevölkerung, die der ausgewählte Kreis der Befragten repräsentieren soll. Fast alle Stichproben brauchen daher, um letztlich zuverlässig zu sein, die Ergebnisse einer Volkszählung. Das gilt auch für den Mikrozensus, obwohl dieser durch seine Größe ein eigenes Schwergewicht hat. Je genauer und ausgefeilter aber die Auswertung durch Kombinationen von Merkmalen sein soll, desto bedeutungsvoller ist auch beim Mikrozensus und seiner Auswertung die Möglichkeit des Rückgriffs auf möglichst zeitnahe Volkszählungsergebnisse als „Basisdaten“.

Wie groß müssen Stichproben sein?

Der nächste Einwand betrifft dann oft die Größe bestimmter Stichproben. Dies gilt insbesondere für den Mikrozensus: 1 % der Bevölkerung der Bundesrepublik sind z. Z. mehr als 600 000 Menschen. Von manchen Statistikern wird der Einwand erhoben, daß zu viele Menschen befragt werden. Die Güte einer Stichprobe, die Richtigkeit ihrer Ergebnisse hängt von einer bestimmten Größenordnung an tatsächlich nicht mehr

von der Zahl der Befragten, sondern von der Sorgfalt der Erhebung und Auswertung ab. Was mit 600 000 Beteiligten am Mikrozensus erreicht wird, könne — so die Meinung einiger Kritiker — auch mit einigen tausend Befragten in einer kleineren Stichprobe herausgefunden werden. Tatsächlich werden ja oft auch auf der Basis einer Befragung von tausend bis zweitausend Personen Aussagen über die innere Einstellung der Bürger und einzelner Gruppen zu bestimmten politischen Richtungen, zu bestimmten politischen Persönlichkeiten, zu einzelnen übergreifenden politischen Problemen ermittelt. Warum dann der vergleichsweise große Mikrozensus?

Der Mikrozensus ist wie die ganze Bundesstatistik auf Bundesrecht gestützt. Er ist in den Ländern von den Statistischen Landesämtern auszuführen und vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet zusammenzufassen. Er ist so etwas wie eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern — nicht im Rechtssinne, aber in der statistischen Praxis. Der Mikrozensus soll nicht nur Ergebnisse für das ganze Bundesgebiet liefern, sondern auch für die Länder und einzelne Gebiete dieser Bundesländer — dies in einer über das ganze Bundesgebiet hinweg vergleichbaren Form. Bevölkerungs-, Wohnungs-, Arbeits- und Familienverhältnisse sollen zwischen Hamburg und dem Großraum München ebenso vergleichbar sein wie zwischen Flächenländern wie Hessen und Baden-Württemberg. Das bedeutet, daß die Stichprobe in ihrer Größe nicht nur auf das ganze Bundesgebiet angelegt sein darf. Sie muß so viele Befragte umfassen, daß auch für Regionen noch eigenständige klare und zuverlässige Aussagen gemacht werden können. Der auf eine entsprechende Region entfallende Teil der Befragten muß noch so groß sein, daß er wie eine eigenständige Stichprobe benutzt wer-

den kann. Der Mikrozensus ist — so gesehen — eine Integration vieler gleicher Stichproben, aber insgesamt in der Zusammenfassung von weit höherer Qualität als die einzelnen Teile für sich. Bei einer Kombinationsstichprobe wie dem Mikrozensus kommt hinzu, daß die Kombination von Merkmalen unterschiedlichster Art aus großen Gruppen auch kleinere Fallgruppen herausdestilliert, die dann, wenn sie nach ihrer absoluten Zahl zu klein werden, keine zuverlässigen Aussagen mehr erlauben. Gerade die Größe des Mikrozensus begründet sein vielseitiges und wertvolles Ergebnis.

Methodenzusammenhang

Wichtig ist die Erkenntnis, daß die Verfahren und einzelnen Erhebungen der amtlichen Statistik nicht isoliert nebeneinanderstehen, sondern ein Gebäude bilden, dessen einzelne Teile außer dem Eigenwert oft einen Zusatznutzen für ganz andere Bereiche haben und bei dem der Aussagewert einer einzelnen Statistik durch „Zuspielen“ anderer Statistiken oft beträchtlich erhöht werden kann. Die verschiedenen Verfahren — Gesamtzählung, Stichproben vom Mikrozensus bis zu der durch Marktforschungsunternehmen ermittelten Spezialerhebung — sind also keine sich gegenseitig ausschließenden, sondern vielmehr sich gegenseitig ergänzende Verfahren, die voneinander abhängen. Die Stichproben bedürfen größtenteils der Grundlage einer Volkszählung. Die kleineren Stichproben brauchen die größeren wie den Mikrozensus. Umgekehrt muß auch die Volkszählung, weil sie nur in weiteren Abständen vorgenommen werden kann, wie jede andere Gesamterhebung durch zwischenzeitliche Stichproben jeweils für die Übergangszeit aktualisiert werden.

Auswerten statistischer Ergebnisse

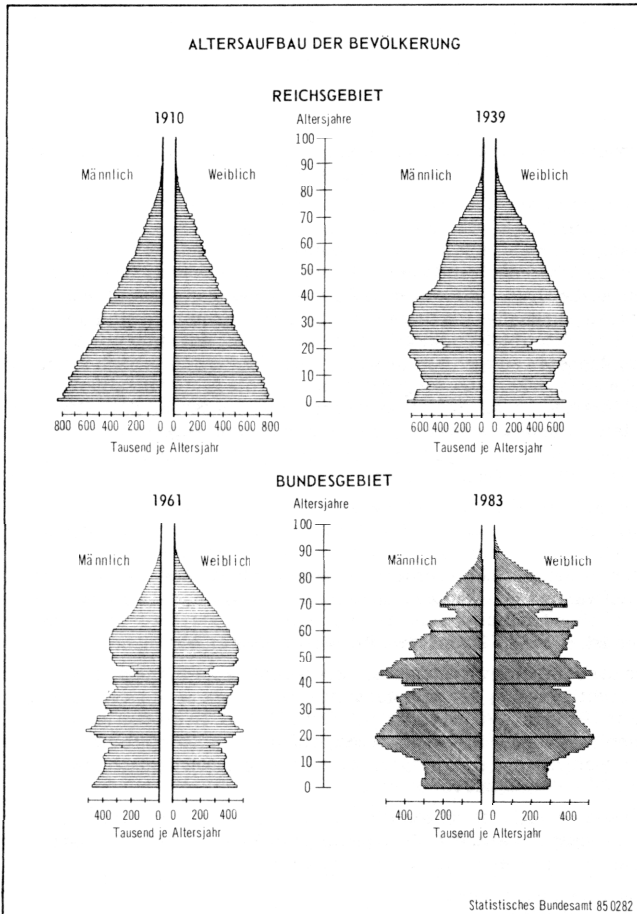
Was geschieht mit den herausgefundenen Zahlen? Statistiker setzen die ermittelten Angaben zueinander in Beziehung. Wie viele Männer gibt es und wie viele Frauen? Wie viele Männer „entfallen“ damit auf 100 Frauen? Wie ist dieses zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter bei den Zehnjährigen, bei den Zwanzigjährigen, bei den Fünfzigjährigen, im Greisenalter? Gerade bei dieser sogenannten Bevölkerungspyramide (vgl. nebenstehendes Schaubild) entstehen Merkzeichen der Geschichte. Betrachtet man die Jahrgangsstärken der deutschen Bevölkerung des Bundesgebietes, so kann man deutlich die Spuren der hinter uns liegenden großen Kriege erkennen. Gefallene und durch die

Zu nebenstehendem Schaubild: Ausgangspunkt der statistischen Arbeit war die Entwicklung der Bevölkerung. Die Bilder zeigen die Zusammensetzung der Einwohnerschaft des Deutschen Reichs bzw. der Bundesrepublik Deutschland zu verschiedenen Zeiten nach Alter und Geschlecht. Die Darstellung des Jahres 1910 bringt einen nahezu idealtypischen Bevölkerungsaufbau mit harmonischer Verteilung der Bevölkerung auf die Jahrgänge und mit einer nahezu gleichmäßigen Abnahme, je älter die Menschen wurden.

Die folgenden Jahre zeigen nicht nur auf der einen Seite die positiven Auswirkungen der Medizin, die mehr Menschen ein längeres Leben ermöglicht, sondern auch die Auswirkungen der Kriege und wirtschaftlichen Notzeiten, die Bevölkerungsverluste, die in direktem Zusammenhang mit dem Krieg durch den Tod entstanden, aber auch der Geburten, die durch die Kriege „ausgefallen“ sind. Eine besondere Erscheinung ist die starke Abnahme der Kinderzahlen in den letzten Jahren. Dadurch wird die Bevölkerungspyramide nicht nur optisch auf eine schwächere, ja schwache Basis gestellt. Es bleibt die Sorge, wer in einigen Jahrzehnten die Leistungen erbringt, mit denen die dann Alten im Rahmen des Mehrgenerationenvertrags unterhalten werden.

Die Entwicklung des Jahres 1984 spiegelt sich in der Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes vom 15. 2. 1985 wider (siehe Seite 44).

Kriegsumstände „ausgefallene Geburten“ zeigen sich als Verkleinerung des entsprechenden Jahrgangs und damit als eine Art „Schicksalskerbe“ der Nation. Der Statistiker vergleicht die Bevölkerungsverhältnisse in den verschiedenen Regionen, sucht Unterschiede zwischen Stadt und Land. Dieses Herausfinden von Beziehungen und Abhängigkeiten macht den eigentli-



Statistisches Bundesamt

Mitteilung für die Presse

wiesbaden, 15. februar 1985
telef.: (06121) 75-2708

52/85

weiterer geburtenrückgang, aber auch rückläufige sterblichkeit
vorläufige ergebnisse 1984

nach mitteilung des statistischen bundesamtes haben im jahr 1984 581 000 kinder das licht der welt erblickt. das waren nur wenig mehr als im jahr 1978, in dem die niedrigste geburtenzahl seit bestehen der bundesrepublik deutschland verzeichnet wurde. im vergleich zu 1983 waren es 2 prozent weniger, obwohl relativ starke jahrgaenge ins heiratsfaehige alter gekommen sind und somit bei gleichbleibender geburtenhaeufigkeit mit einer zunahme der geburten zu rechnen gewesen waere. der wunsch nach kindern ist also staerker zurueckgegangen, als es die geburtenzahlen widerspiegeln. schliesst man den einfluss des derzeit guenstigen altersaufbaus aus, ist die geburtenhaeufigkeit gegenueber dem vorjahr sogar um 3,5 prozent gesunken und hat damit den tiefsten stand seit dem krieg erreicht.

die zahl der gestorbenen unterschritt mit 694 000 zum ersten mal seit 1968 die marke von 700 000. sie ist gegenueber dem vorjahr um 3,1 prozent zurueckgegangen. dies ist besonders bemerkenswert wegen des hohen anteils der aelteren bevoelkerung. aus der unerwartet niedrigen zahl laesst sich schliessen, dass die sterblichkeit erfreulicherweise auch im jahr 1984 stark zurueckgegangen ist, d. h., die lebenserwartung ist weiter angestiegen.

da aber die relativ niedrige zahl der lebendgeborenen noch beträchtlich unter der zahl der sterbefaelle liegt, ergibt sich für das jahr 1984 ein „geburtendefizit“ von 113 000. in diesem zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die bundesrepublik deutschland das einzige land der welt ist, das seit dreizehn jahren ein geburtendefizit verzeichnet.

da auch die zahl der eheschliessungen ruecklaeufig ist (minus 1,3 prozent), kann fuer die naechste zeit kaum mit einem ansteigen der geburtenzahlen gerechnet werden.

statistisches bundesamt
gez.: hoelder + + +

chen Reiz, den eigentlichen Wert statistischer Arbeit aus. Wenn in Regionen eine Unterversorgung der Bevölkerung mit bestimmten Angeboten, etwa mit kulturellen Leistungen, festzustellen ist oder wenn in Regionen der Standard der Wohnungen weit unter dem Durchschnitt des Bundesgebietes liegt, dann ist dies ein Indikator für politischen Handlungsbedarf.

Dieses Herausfinden von Beziehungen zwischen verschiedenen mengenmäßigen Entwicklungen darf freilich nicht zu oberflächlichen Schlüssen führen. Wenn, um einen uralten Statistikerwitz anzuführen, die richtige Beobachtung, daß die Zahl der in Deutschland nistenden Störche ebenso dramatisch abnimmt wie die Zahl der in der Bundesrepublik geborenen Kinder, als Ursachenzusammenhang interpretiert wird, wenn also angenommen wird, weil es weniger Störche gäbe, könnten sie auch nur weniger Kinder bringen, dann ist dies als statistischer Fehlschluß leicht erkennbar. Auf diesem „Strickmuster“ beruhen aber viele angeblich statistische Aussagen, mit denen in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregt, ein gutgläubiges Publikum oft verdimmt wird. Solche Fehlinterpretationen machen der Statistik oft ihre Glaubwürdigkeit streitig in dem Sinne: „mit Statistik kann man alles beweisen“ — sie sind aber in aller Regel nicht von Statistikern zu vertreten, sondern von denjenigen, die die statistischen Zahlen mit mehr oder weniger Sachverstand benutzt haben. Dagegen kann sich die Statistik nicht direkt wehren. Es geht ihr wie dem geschriebenen Wort: Nur derjenige, der lesen gelernt hat, kann das Geschriebene verstehen und nutzen. Ein wenig Einsicht in die Möglichkeiten und Grundlagen der Statistik gehört deshalb zur politischen Allgemeinbildung des Bürgers, läßt ihn von einem manipulierbaren „statistischen Analphabeten“ zum urteilsfähigen Aktivbürger werden. Im

demokratischen Staat einer Massengesellschaft ist daher Grundverständnis für statistische Verfahren und Aussagen ein wichtiger Bestandteil der politischen Bildung.

Eine wichtige Beziehung zwischen Daten ist die Bildung des Durchschnitts: Bestimmte Sachverhalte, die häufig auftreten, stehen mit anderen Sachverhalten nicht immer im gleichen zahlenmäßigen Verhältnis. So gibt es Hotels, die das Jahr über praktisch immer voll belegt sind, und solche, die im gleichen Zeitraum halbleer stehen; andere wiederum haben Stoßzeiten, in denen sie ausgebucht sind, und Flauten, in denen sie fast leer sind. Alle Hotels, in einer Region zusammengekommen, haben dann eine durchschnittliche Belegung, die geringer ist als die Belegung des am besten abschneidenden und höher als die des am geringsten belegten Hotels. Auch bei dieser Durchschnittsbildung gibt es methodische Probleme.

Eine große Rolle spielt in der Statistik die Zeit. Wer kennt nicht die Meldungen des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung des Lebenshaltungskostensindex? Er wird stets im Vergleich zum Vormonat und zum Vorjahresmonat angegeben. Dieser Unterschied wird leicht überlesen. Das eine ist die kurzfristige Entwicklung von einem Monat zum anderen, wobei auch jahreszeitliche Einflüsse eine gewisse Rolle spielen (man denke an das Teurer- oder Billigerwerden von Gemüse oder Obst — je nach den günstigen Erntebedingungen). Der Vergleich zum Vorjahresmonat, also zum gleichnamigen Monat des Vorjahres, ist meist aufschlußreicher. Er spiegelt ungefähr dieselbe zeitliche Marktsituation wider, verdeutlicht aber die Änderungen oder Nichtänderungen der Kaufkraft der Währung.

Solche Vergleiche gibt es auch im gesamten wirtschaftsstatistischen Bereich: Preise, Löhne, Einfuhren

und Ausfuhren werden in ihren Größenordnungen in der Entwicklung der verschiedenen Jahre einander gegenübergestellt. Zur Erleichterung der Vergleiche wird ein Jahr, das sogenannte Basisjahr, gewählt, dessen Werte (z. B. Preise) mit 100 Prozent gleichgesetzt werden. Die nachfolgenden Jahre werden an dieser Situation gemessen, die Änderungen durch Prozentzahlen kenntlich gemacht.

*Erleichterung der Beurteilung
durch Herausnehmen von Störfaktoren*

Aber auch Zeitvergleiche haben ihre Tücken. Werden z. B. Umsatzzahlen des Einzelhandels mit dem entsprechenden Vorjahresmonat verglichen, dann hat wegen der beweglichen Feiertage und der „wandernden“ Sonntage der eine Monat manchmal mehr Verkaufstage oder mehr Samstage als der Vergleichsmonat im Jahr zuvor. In den vergleichenden Meldungen des Statistischen Bundesamtes wird auf diesen Umstand hingewiesen.

Auch Vergleiche über das Jahr hinweg lassen nicht ungeprüft Rückschlüsse auf wirtschaftliche Entwicklungen zu. Hier gibt es sogenannte saisonale Einflüsse. Der wohl bekannteste Saisoneinfluß ist die Auswirkung von Frost und Kälte auf die Bautätigkeit, die im Winter stark eingeschränkt ist. Werden Arbeitskräfte in diesem Bereich freigesetzt, so ist daraus nicht ohne weiteres der Rückschluß auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu rechtfertigen. Die amtliche Statistik bemüht sich, diese und andere, wesentlich diffizilere Störfaktoren durch mathematische Verfahren, durch Kalender- und Saisonbereinigung, auszuschließen. Sie liefert die absolut ermittelten Zahlen und stellt

zum Vergleich die nach den besonderen Methoden ermittelten kalender- und saisonbereinigten Ergebnisse daneben, um wirtschaftspolitisch fundierte Schlußfolgerungen zu ermöglichen.

Eine ähnliche Veränderung, an die wir uns längst gewöhnt haben, ist der Geldwert. Der Vergleich der für einen Zeitraum bezahlten Löhne oder für eine bestimmte Leistung erzielten Erlöse mit entsprechenden Vorjahres- oder Vorvorjahresdaten bringt, wenn man nur die absoluten Zahlen nimmt, nur eine halbe Einsicht. Mit in die Betrachtung einzubeziehen ist die Entwicklung des Geldwertes bzw. der Kaufkraft. Die Statistik gibt die entsprechenden Werte mit „nominal“ für den reinen Zahlenvergleich und mit „real“ für den Vergleich der um die Änderung der Kaufkraft bereinigten Daten an.

Trend

Entwicklungen verlaufen im allgemeinen nicht gradlinig. Gerade wirtschaftliches Geschehen aber ist durch ein Auf und Ab gekennzeichnet. Die Kurven, die sich aus der Eintragung von Daten in ein entsprechendes Schema ergeben, weisen Sprünge und Zacken auf. Aus dem Vergleich der Ergebnisse kürzerer Zeiträume sind oft keine ausreichenden Schlüsse abzuleiten. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, kann man aber oft die größere Richtung — ungeachtet kurzzeitiger Ausschläge nach oben oder unten — feststellen. Man spricht dabei vom Trend. Dieser Trend wird für viele Entwicklungen von der amtlichen Statistik nach besonderen Verfahren berechnet und veröffentlicht.

Die Entwicklung eines statistischen Gesamtbildes

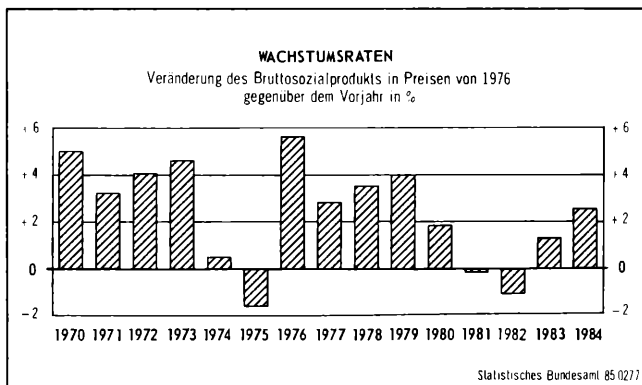
Die Vergleiche über längere Zeiträume und über Landesgrenzen hinweg sind Grundvoraussetzungen der Statistik. So ist es sicher kein Zufall, daß auch Statistiker für eine enge internationale Zusammenarbeit plädieren und sie zu Teilen realisiert haben. Bereits 1885, also vor genau einem Jahrhundert, schlossen sich in Den Haag Statistiker aus zahlreichen Staaten zum Internationalen Statistischen Institut zusammen, das als private wissenschaftliche Fachvereinigung zum Vorläufer der zahlreichen amtlichen Organisationen wurde, die inzwischen auf dem Gebiet der Statistik staatenübergreifend tätig sind.

Die amtliche Statistik präsentiert sich heute im internationalen Bereich — sei es innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinten Nationen oder anderer zwischenstaatlicher Institutionen — geradezu als Paradeponne der Zusammenarbeit. Dies verwundert nicht, wenn man um die Bedeutung von Zahlen für politische Entscheidungen — auch und gerade im internationalen Rahmen — weiß. Die von den internationalen Stellen geforderte Bereitstellung vergleichbarer Zahlen für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit oder den europäischen Integrationsprozeß hat ihrerseits der Weiterentwicklung statistischer Methoden wichtige Impulse gegeben.

Sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich trafen sich Bestrebungen, Statistik nicht mehr punktuell oder für wenige Interessenten zu betreiben, d. h. historisch mehr oder weniger zufällig entstandene „Insellösungen“ zu akzeptieren, sondern die einzelnen Erhebungen methodisch abzustimmen und in ein Geflecht statistischer Informationen zu integrieren. Diese

Betonung des Systemgedankens in der amtlichen Statistik wurde in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zur beherrschenden Idee der statistischen Arbeit, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Anstoß zum Denken in neuen Zusammenhängen und in Form einer Gesamtschau kam hauptsächlich von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die insbesondere mit dem Siegeszug des Keyneschen Kreislaufgedankens in der Wirtschaftstheorie zu einem zuerst umstrittenen, bald aber voll anerkannten und heute unverzichtbaren Instrument der Wirtschaftsbeobachtung und Konjunkturanalyse wurden. Das Bruttosozialprodukt — als der umfassendste Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung — ist heute nicht nur eine zentrale Größe der Statistik, sondern der gesamten Wirtschafts-, Wachstums- und Konjunkturpolitik. Das Bruttosozialprodukt hat in der Öffentlich-



Das Bruttosozialprodukt ist die Größe, die das Statistische Bundesamt ermittelt, um einen Maßstab für die wirtschaftlichen Leistungen der Bevölkerung innerhalb eines bestimmten Zeitraums bereitzustellen. Die Grafik zeigt die Veränderungsraten von 1970 bis 1984. Ein Vergleich mit der Entwicklung der Bautätigkeit (Schaubild S. 17) zeigt wichtige Zusammenhänge und die Bedeutung der Bauwirtschaft für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesen Jahren.

keit einen so hohen Bekanntheitsgrad, daß sogar ein Schlagler diesen Begriff popularisiert hat.

Auch die Darstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft, d. h. zwischen den Unternehmen, den Haushalten, dem Staat und mit dem Ausland, eröffnete völlig neue Perspektiven für Wirtschaftstheorie und -politik und machte es dank statistischer Informationen möglich, ein Weltbild zu quantifizieren. Zu seiner Berechnung werden fast alle erreichbaren Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistiken herangezogen.

Bei der laufenden Weiterentwicklung des Konzepts der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung treten neue Fragestellungen auf. So wird neuerdings überlegt, wie nicht geldbezogene Sachverhalte (z. B. Lebensqualität) einbezogen werden können oder wie Produkte und Leistungen zu erfassen sind, die nicht über den Markt gehen (z. B. Nachbarschaftshilfe, Hausfrauenarbeit, Heimwerkerleistungen). Außerdem wird die Frage diskutiert, wie Umweltschäden und Umweltverbesserungen im System berücksichtigt werden können.

Um zu einem Gesamtbild der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse zu kommen, werden Ergebnisse der verschiedenen statistischen Arbeitsgebiete benötigt. Im Verlauf dieser Abstimmarbeiten zeigen sich dann eventuell noch bestehende Lücken im statistischen Material. Auch aus unterschiedlichen Definitionen, Bereichsabgrenzungen und Methoden resultierende Unvereinbarkeiten treten zutage. Für die amtliche Statistik ist dies eine Herausforderung, ihr Zahlenangebot zu überprüfen und soweit wie möglich auf die jüngsten theoretischen Anforderungen auszurichten. Soweit dies nicht aus eigener Kraft gelingt, setzen sich die Statistischen Ämter dafür ein, durch Anpassung der gesetzlichen Grundlagen zur Verbesserung der Erhebungen beizutragen.

Die Tendenz zur Vereinheitlichung des statistischen Materials und zur Schaffung eines gut koordinierten und in sich stimmigen und darum vielfältig aussagefähigen statistischen Gesamtbildes kann für die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik und ihrer Leistungsfähigkeit gegenüber gesellschaftlichen Bedürfnissen nicht hoch genug veranschlagt werden. Es ist dabei ein großer Vorteil, daß die Aufstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dem Statistischen Bundesamt übertragen wurde, das somit auf einem bedeutsamen Arbeitsgebiet zu einem wichtigen Verbraucher seiner eigenen Zahlen wurde.

Statistik und Datenschutz

Wie ein Sturm fegte eine Datenschutzwelle durch die Bundesrepublik Deutschland. Das Bewußtsein, daß Informationen, „die Daten“, über Personen nicht nur unter bestimmten Umständen einen wirtschaftlichen Wert darstellen, sondern daß sie mit dem Persönlichkeitsrecht des Menschen eng zusammenhängen (weil es einen wesentlichen Teil der Individualrechte ausmacht, bestimmen zu können, wer welche Informationen über die eigene Person und deren Lebensumstände erhalten soll), wurde geschärft. Um die Jahreswende 1983/84 und damit zu Beginn des „Orwell-Jahres“ erfaßte plötzlich Inhaber von Girokonten — ob Arbeitnehmer, Hausfrauen oder Gewerbetreibende — aufgrund entsprechender Veröffentlichungen die Furcht vor Datenmißbrauch durch ihre Banken. Zu Tausenden verboten sie ihren Banken, bankübliche Auskünfte zu erteilen. Nach einiger Zeit legte sich — nicht zuletzt auch aufgrund entsprechender Aufklärung durch die Bankinstitute selbst — die Aufregung, kehrte man zu nüchterner Betrachtung zurück.

Es ist ein Trugschluß anzunehmen, Datenschutz entbehre der realen Notwendigkeit. Der Mensch ist nur dann selbstbestimmtes freies Individuum und nicht nur ein Teil einer Masse, Staubkorn im Sandsturm, wenn ihm nicht nur die Freiheit zusteht, Wohnung zu nehmen, wo er möchte, den Beruf zu ergreifen, den er wünscht, den Menschen zu heiraten, den er liebt, sondern auch ein prinzipielles Bestimmungsrecht darüber, wer seine persönlichen Lebensdaten kennen und darüber verfügen darf.

Dieses Ideal unterliegt im Alltag gewissen Einschränkungen. Vieles wird da über Zeitgenossen in den Medien mitgeteilt, dem Interesse und oft auch nur der

Neugierde des Publikums preisgegeben, was der Betroffene lieber für sich behalten hätte. Andererseits brauchen staatliche Stellen Informationen über Menschen, Namen, Beziehungen, Lebensumstände, um etwa eine gerechte, gleichmäßige Besteuerung oder umgekehrt eine gerechte Hilfe für einzelne Menschen aus Gemeinschaftsmitteln zu ermöglichen. Rechtsbrecher müssen zum Schutz der Gemeinschaft verfolgt, bestraft, an weiteren Vergehen oder Verbrechen gehindert werden. Wie aber sollte dies ohne die Kenntnis von Namen, Anschriften oder — typisch im Fall der Strafverfolgung — ohne die Kenntnis bestimmter Lebensumstände möglich sein?

Die Gemeinschaftsgebundenheit des Menschen — der als „zoon politikon“ nur in der Gemeinschaft lebensfähig ist, der die Hilfe und den Schutz der Gemeinschaft ebenso braucht — schränkt den Anspruch des Bürgers auf absolutes eigenes Bestimmungsrecht über seine Daten ein. Der Gesetzgeber verpflichtet deshalb den einzelnen zur Mitteilung von Informationen über sich selbst an die Meldeämter der Gemeinden, an das staatliche Gesundheitsamt, das Wehrersatzamt — und natürlich an das Finanzamt. Dieser Verpflichtung zur Preisgabe von persönlichen Informationen entspricht seit langem eine Reihe von Geheimhaltungsvorschriften; sie binden alle Stellen, die einen Anspruch auf Informationen haben. Der sachgemäße und sorgsame Umgang mit Bürgerdaten gehört zu den Amtspflichten eines jeden Beamten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 15. Dezember 1983 zur Volkszählung diesen Anspruch des Bürgers durch Auslegung von Vorschriften des Grundgesetzes in den Rang eines verfassungsrechtlichen Grundrechtes erhoben. Dieses Quasi-Grundrecht auf „informationelle Selbstbestimmung“ muß

freilich nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts zahlreiche Einschränkungen dulden. Dazu gehört insbesondere das Recht des Gesetzgebers, aus vernünftigen Anlaß den Bürger zur Preisgabe von Informationen über sich zu verpflichten. Der Statistik wird in diesem Zusammenhang ein wesentliches Privileg eingeräumt: Während der Gesetzgeber im allgemeinen den Bürger nur zur Information über seine Verhältnisse aus konkretem, begrenzbarem Anlaß oder Zweck verpflichten darf, kann er Statistik grundsätzlich als Vorratssammlung anordnen und den Bürger verpflichten, für den Aufbau derartiger Statistiken Auskünfte zu erteilen, ohne daß zum Zeitpunkt der Befragung konkrete Zwecke bekannt sein müssen.

Was verändert sich für die Statistik durch dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum „informationellen Selbstbestimmungsrecht“?

Weit weniger, als zunächst angenommen wurde. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich Statistik als eine im Interesse der staatlichen Gemeinschaft notwendige Maßnahme für verfassungsgemäß erklärt und für zulässig gehalten, daß der Gesetzgeber den Bürger zur Auskunft verpflichten kann, wenn und soweit dies erforderlich ist. Die Statistik muß im Gegenzug die ihr zugegangene Information des einzelnen und über den einzelnen vertraulich behandeln. Sie muß diese Informationen in einem „abgeschotteten“ Bereich, nämlich innerhalb des Systems der Statistischen Ämter, halten. Nur ausnahmsweise und unter einschränkenden Bedingungen und Voraussetzungen, die vom Gesetzgeber geregelt sind und die dem auskunftgebenden Bürger zum Zeitpunkt seiner Auskunftserteilung bekannt sein müssen, ist die Weitergabe „einzelfallbezogener“ Informationen an eine andere als eine statistische Stelle überhaupt zulässig.

Dies umschreibt ziemlich präzise ein Anliegen, das die Statistiker schon lange verfolgen: Der Schutz der vom Auskunftspflichtigen oder Auskunftswilligen gegebenen Informationen liegt auch im Interesse der amtlichen Statistik selbst; sie erwartet sich eine größere Bereitschaft des Befragten zu wahrheitsgemäßen Auskünften, wenn der Auskunftgebende sicher sein kann, daß diese Informationen nicht zu seinem Nachteil von anderen Stellen mißbraucht werden können. Eine Verstärkung des „Statistikgeheimnisses“ liegt durchaus im Interesse der amtlichen Statistik und derjenigen, die über die amtliche Statistik sachgerechte Auskünfte abrufen.

Datenschutz und Statistik sind daher keineswegs Gegensätze, sie sind im Prinzip natürliche Verbündete.

In der Praxis gibt es freilich schon mancherlei Probleme, Abgrenzungsfragen, Auslegungsschwierigkeiten, Diskussionen über Kleinigkeiten und Ärger über Kleinlichkeiten. Sie wirken oft hinderlich und bestätigen noch heute die Gültigkeit der Feststellung Stendhals, daß den Deutschen durch ihre Regierungsart ein Geist der Umständlichkeit und juristische Klügelei anezogen worden seien.

Übergangsschwierigkeiten, insbesondere bei der Beurteilung von Rechtsvorschriften aus der Zeit vor dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts, dürfen aber nicht über folgende Tatsachen hinwegtäuschen:

- a) Die amtliche Statistik bejaht den Datenschutz nicht nur, weil er vom Verfassungsgericht im Prinzip bestätigt wurde, sondern sie empfindet Datenschutz als eine entscheidende Voraussetzung praktischer statistischer Arbeit und als weithin mit dem Statistikgeheimnis identische Forderung.

- b) Der Datenschutz ist Teil der Palette von Staatszielen, zu beachtenden Rechten und politischen Ansprüchen. Bei Zielkonflikten muß eine Abwägung im Einzelfall stattfinden. Dabei werden das Interesse der staatlichen Gemeinschaft an ausreichend sicheren Informationen über wichtige Lebensverhältnisse und die Folgen des Fehlens solcher Informationen gegen die Belastung des einzelnen mit Auskunftspflicht ins Verhältnis gesetzt.
- c) Der Datenschutz kann nicht — und will auch nicht — den notwendigen Datenfluß vom Bürger und von der Verwaltung an die Statistik unterbinden.
- d) Die im Interesse des Datenschutzes zu schaffenden Regeln über den Verkehr mit personenbezogenen Informationen müssen problem- und sozialadäquat bleiben, d. h., sie dürfen das Entstehen von Erkenntnissen über soziale Nöte, wirtschaftliche Probleme und politischen Handlungsbedarf nicht verhindern oder unverhältnismäßig erschweren.
- e) Deshalb muß der Datenschutz im Bereich der Statistik vor allem durch die sorgfältige Behandlung bürgerbezogener Daten in den Statistischen Ämtern und weniger durch Einschränkung der Auskunftsnotwendigkeiten und des Informationsflusses gewährleistet werden.
- f) Die Statistik ist schon von ihrer Ausgangslage her derjenige Verwaltungszweig, der die Privatsphäre und die Vertraulichkeit mitgeteilter Daten besonders stark achtet. Sie sollte nicht durch die Zufälligkeit, daß das Bundesverfassungsgericht seine Thesen zum Datenschutz gerade an einem statistischen Instrument erarbeiten mußte, mit dem Bann besonderer Datenschutzproblematik belegt und zum „Ersatz-Prügelknaben“ (Bull) werden.

Es gilt daher, statistische Arbeit möglichst zügig fortzuführen und alle Notwendigkeiten des Datenschutzes im Verfahren zu berücksichtigen, soweit und solange die zugrundeliegenden Gesetze noch nicht geändert sind. Die gegenwärtig im parlamentarischen Gesetzgebungsgang liegenden neuen Vorschriften über Volkszählung und Mikrozensus zeigen, daß zwischen den statistischen Bedürfnissen und den Forderungen des Datenschutzes ein Kompromiß möglich ist. Jedenfalls darf der Datenschutz nicht jenen als Vorwand überlassen bleiben, die in Wirklichkeit nur die allgemeine Verweigerung am staatlichen Geschehen wollen.

Freiwilligkeit

Kritiker der Volkszählung und der Statistik allgemein fordern den Übergang von der Auskunftspflicht zur Freiwilligkeit hinsichtlich der Beantwortung der von der Statistik gestellten Fragen. Ansatz für die Forderung ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach das jeweils mildeste Mittel zu wählen ist, also diejenige Erhebungsform, die den Bürger am wenigsten belastet. Es gilt nun für viele als ausgemacht, daß die Freiwilligkeit der Auskunft oder — anders ausgedrückt — die Befreiung von der Auskunftspflicht milder sei als die Verpflichtung, dem statistischen Apparat gegenüber Erklärungen abzugeben.

Diese Einschätzung ist nur vordergründig richtig. Es ist klar, daß derjenige, der bereit ist, Auskünfte zu geben — ob er diese Auskünfte nun freiwillig oder aufgrund einer Auskunftspflicht gibt —, in jedem Falle gleich belastet ist, sieht man einmal von dem Lustgewinn freudig erfüllter öffentlicher Verpflichtungen ab,

der dem Freiwilligen vielleicht zuteil werden könnte. Derjenige, der der Allgemeinheit gegenüber seine solidarische Mitwirkungspflicht — ob sie nun nur moralisch oder auch juristisch begründet wird — erfüllen will und erfüllt, wird also durch das Prinzip der Freiwilligkeit nicht entlastet. Faktische Entlastung erhält nur derjenige, der sich dieser Mitwirkung gänzlich entzieht.

Schon staatsphilosophisch ist diese Position fragwürdig. Wenn die Erteilung von Auskünften an die amtliche Statistik eine im öffentlichen gemeinsamen Interesse liegende Belastung des einzelnen ist, ist nur schwer einzusehen, warum diese öffentliche Last nur von Idealisten getragen werden soll, eben von denen, die ohnehin bereit sind, Zeit und private Mittel dem öffentlichen Interesse zu widmen. Wer käme auf die Idee, die allgemeine Steuerpflicht abzuschaffen und statt dessen die Unterhaltung der öffentlichen Aufwendungen von freiwilligen Spenden, etwa der Industrie, abhängig zu machen? Informationen aber braucht die staatliche Gemeinschaft genauso wie Finanzmittel. Das Gerechtigkeitsgebot gleichmäßiger Lastenverteilung gilt daher auch für die Statistik und spricht für eine Auskunftspflicht. Jedenfalls ist nicht einzusehen, daß es aus der Sicht des Grundgesetzes für den Bürger eine Erleichterung sein soll, wenn die Lasten öffentlicher Informationsbeschaffung nur vom gutwilligen, solidarischen Mitbürger getragen werden, während der Egoist sich seiner moralischen Mitwirkungsverpflichtung entziehen darf.

Fachliche Gründe sprechen bei vielen statistischen Erhebungen für eine Auskunftspflicht. Zählungen des Gesamtbestandes, wie die Volkszählung oder die Handels- und Gaststättenzählung, sind nur dann effektiv durchzuführen, wenn praktisch alle Beteiligten, also

auch der überall in jeder Gesellschaft vorhandene Rest, der nicht für Gemeinschaftsverpflichtungen zu motivieren ist, zur Auskunftserteilung verpflichtet werden können. Bei Stichproben ist es wichtig, daß die nach dem Stichprobenplan ausgewählten Bürger Auskunft geben. Bei vielen Stichprobenverfahren wird durch die Versagung der Mitwirkung eines Teils der ausgewählten Bürger die Repräsentativität der Stichprobe entscheidend geschwächt. Der korrigierte Zufall, d. h. das Ausweichen von nichtauskunftswilligen, aber im Stichprobenplan erfaßten Personen auf andere auskunftsbereite Bürger, ist lediglich ein Ersatz mit geminderter Qualität. Die Nichtauskunftsbereiten selbst repräsentieren in dieser Eigenschaft einen entsprechenden Teil der Gesellschaft. Dieser Teil der Bevölkerung mag sich auch in anderer Beziehung von sonst ähnlichen Gruppen unterscheiden. Der Ersatz durch auskunftswillige Personen muß zwangsläufig das statistische Ergebnis beeinträchtigen.

Diese fachliche Einsicht hindert die amtliche Statistik freilich nicht, sich in vielen Fällen mit freiwilliger Auskunft und mit freiwilliger Mitarbeit zufriedenzugeben. Insbesondere bei kleineren Stichproben mit intensivem Kontakt zwischen Interviewer und Befragten werden durchaus ausreichende Ergebnisse gewonnen. Möglichkeiten einer weitergehenden Einführung der Freiwilligkeit werden in derzeit laufenden methodischen und psychologischen Untersuchungen überprüft. Die großen Zählungen und die großen Stichproben aber sollten in ihrem Wert nicht durch die ohnehin problematische Betrachtung der Freiwilligkeit als milderes Mittel in ihrer Aussagefähigkeit gefährdet werden. Dies insbesondere so lange nicht, wie der Nachweis noch aussteht, daß auf der Basis der Freiwilligkeit auch wirklich zureichende Ergebnisse erzielt werden können.

An dieser Stelle mag ein Rückblick zweckmäßig sein.
Gibt es Statistik eigentlich schon lange?

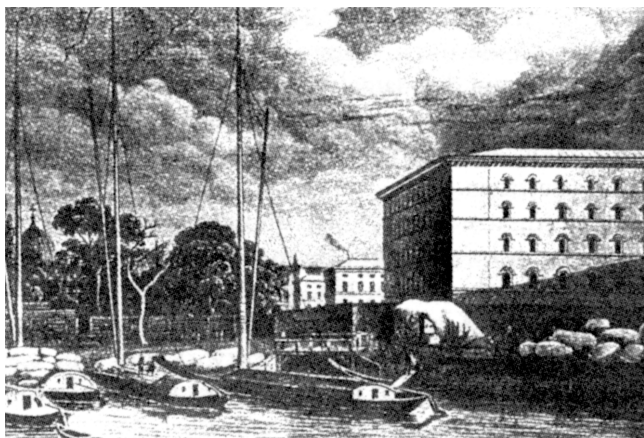
Die Anfänge reichen weit zurück

Statistik als systematisches Sammeln, Ordnen und Bewerten von Zahlen gibt es im staatlichen Bereich seit undenklichen Zeiten. Sie war und ist fast allgegenwärtig. Die Geschichte der Hochkulturen an Nil, Euphrat und Tigris, aber auch die Aussagen der Bibel über das jüdische Volk und die Überlieferungen der Inkas und Azteken enthalten Berichte über Zählungen des Volkes, der Wehrpflichtigen, der Steuer- und Ackerbürger. In ihrer modernen Ausprägung ist die amtliche oder staatliche Statistik aber erst ein Kind des 17. Jahrhunderts. Damals, zur Zeit des Merkantilismus, setzte sich der Gedanke durch, daß die Hebung des Volkswohlstandes rationale, d. h. zielgerichtete Maßnahmen des Staates auf vielen Gebieten erforderlich mache. Dies war eine Aufforderung an die statistische Wissenschaft, die sich gerade ihren Platz an den Universitäten erobert hatte, mit den damals noch bescheidenen Mitteln zur Quantifizierung staatspolitisch bedeutsamer Sachverhalte, wozu auch wirtschaftliche Verhältnisse zählen, beizutragen.

Andere Ansätze kamen hinzu und förderten diese Entwicklung. So wollte zum Beispiel der Pfarrer Johann Peter Süßmilch, der um 1740 in Preußen mit der Auswertung von Kirchenbüchern begann, ursprünglich „das göttliche Walten“ in der Entwicklung von Geburten und Sterbefällen nachweisen; er hat wohl nicht gehnt, daß seine Untersuchungen über das „Gesetz der großen Zahl“ den Weg für eine moderne Bevölkerungsstatistik vorbereiteten.

In der Zeit der Aufklärung fand das Zusammentragen von Zahlen über die „Staatsmerkwürdigkeiten“ besondere Anerkennung. Jeder Landesherr, ob absolutistisch oder aufgeklärt, hatte ein elementares Interesse daran, Zahlen über seine Untertanen und den Gewerbefleiß des Volkes zu sammeln, um Ansatzpunkte für zielorientierte, kalkulierte Lenkung der Staatsgeschäfte zu gewinnen. Dabei half ihm die Statistik.

Über alle staatspolitischen Wandlungen hinweg ist dieser Grundgedanke staatlicher Statistik in modifizierter und weiterentwickelter Form bis in unsere Tage bestimmend geblieben. Der moderne Staat ist ein komplexes Gebilde; er braucht wichtige Basisdaten, kann sie weniger denn je entbehren, will er den Ansprüchen an ein geordnetes Zusammenleben genügen. Was den ägyptischen Pharaonen recht war, ist dem demokratisch legitimierten Staat mit der Gesellschaft der Freien billig. Freilich genügen ihm längst nicht mehr jene in Zahlenschnüren oder Tontafeln festgehaltenen Auf-



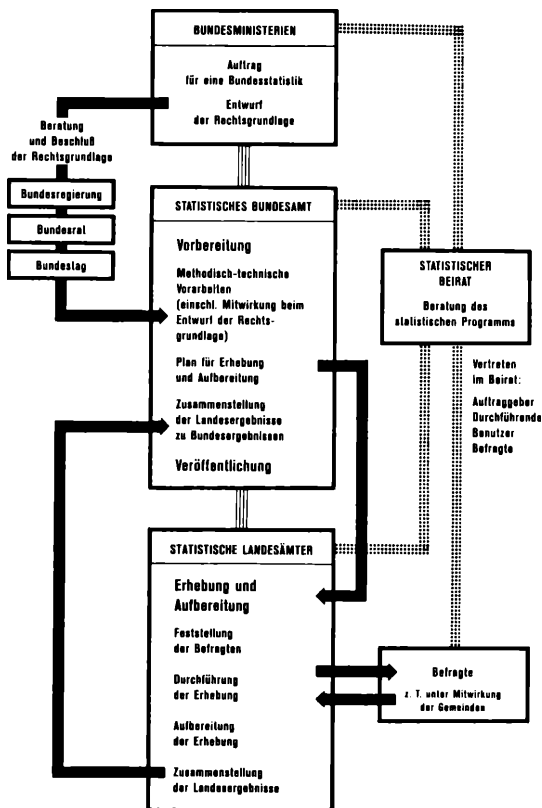
Neuer Packhof, Berlin, Dienstsitz des Kaiserlichen Statistischen Amtes von 1872–76.

stellungen oder aus Kirchenbüchern abgeleiteten Erkenntnisse, die nach groben Untergliederungen das Volk in Alte und Junge, in Männer und Frauen, in Bauern und Handwerker teilten. Der Bedarf an Zahlen ist ungleich breiter und differenzierter geworden; die Erwartungen an den Staat und damit an die Statistik sind gestiegen und wachsen noch weiter.

Organisation und Zuständigkeit

Die Bundesstatistik wird aufgrund von Bundesrecht erhoben. Die Normen setzt also der Bundesgesetzgeber. Die Anwendung dieser Normen, d. h. die Erhebung, Aufbereitung und Verbreitung der statistischen Informationen, erfolgt jedoch nach den Regeln des föderativen Staatsaufbaus in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern, die den größten Teil der Arbeit „vor Ort“ durch die Erhebung und Sammlung der Daten bei den Unternehmen und Bürgern leisten, und dem Statistischen Bundesamt. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den elf Statistischen Landesämtern ist für den Erfolg entscheidend: Nur wenn die Landesämter ihre Erhebungen gleichmäßig und vergleichbar und die Aufbereitung und Meldung der Ergebnisse an das Statistische Bundesamt innerhalb der festgesetzten Terminpläne vornehmen, kann das Statistische Bundesamt rechtzeitig ausreichend und zutreffende Bundesergebnisse liefern. Diese Zusammenarbeit wird in Fachbesprechungen entwickelt und in den Abläufen vereinbart.

Ablauf von Bundesstatistiken



Vereinfachte Darstellung. Bei zentral durchgeführten Statistiken übernimmt das Statistische Bundesamt auch die Erhebung und Aufbereitung.

Wie das nebenstehende Schaubild zeigt, lässt sich das Arbeitsverfahren zur Erstellung von Bundesstatistiken im Zuständigkeitsbereich des Statistischen Bundesamtes bzw. der Statistischen Landesämter in drei Phasen gliedern:

1. Vorbereitung
2. Erhebung und Aufbereitung
3. Auswertung und Veröffentlichung

Zu den vielfältigen *Vorbereitungsarbeiten* — gemäß der jeweiligen statistischen Rechtsvorschrift oder bereits als deren Grundlage —, die vom Statistischen Bundesamt durchgeführt werden, gehören u. a.:

- wissenschaftliche methodische Untersuchungen zu Auswahl, Definition und Abgrenzung der durch die geplante Statistik zu erfassenden Bereiche, Einheiten, Sachverhalte und Merkmale
- Festlegung des Kreises der zu Befragenden und der Art der Erhebung (Voll- oder Teilerhebung, Stichprobe)
- Entwurf eines Zeitplans
- Ausarbeitung des Fragebogens
- Planung des Aufbereitungsverfahrens (manuelle oder maschinelle Aufbereitung, Art der maschinellen Aufbereitung) und Erstellung der Aufbereitungsunterlagen (Signieranleitungen, Hochrechnungsverfahren, EDV-Programme)
- Regelung der geplanten Veröffentlichungen

Mit Ausnahme der zentralen Statistiken fallen *Erhebung und Aufbereitung* aller anderen Statistiken unter die Zuständigkeit der Statistischen Landesämter. U. a. folgende Aufgaben werden auf der zweiten Stufe der Entstehung einer Bundesstatistik von diesen übernommen:

- genaue Feststellung der Befragten
- Druck der Fragebogen

- Anweisung der Zähler bzw. Interviewer
- Durchführung der Befragung
- Prüfung der ausgefüllten Fragebogen auf ihre Vollständigkeit
- Aufbereitung der Daten
- Zusammenstellung der Landesergebnisse

Mit der Mitteilung der Landesergebnisse an das Statistische Bundesamt und an das fachlich zuständige Landesressort ist die Durchführung von Bundesstatistiken abgeschlossen.

Die Bereitstellung von Bundesergebnissen obliegt dann dem Statistischen Bundesamt. Durch *Auswertung und Veröffentlichung* werden die Bundesstatistiken einem weiten Kreis von Interessenten (Bundesministerium, Wissenschaft und Forschung, Unternehmen, Verbänden, einzelnen Bürgern) zugänglich gemacht, u. a. durch:

- verschiedene regelmäßig erscheinende Publikationen („Statistisches Jahrbuch“, „Statistischer Wochendienst“ u. v. m.)
- Sonderveröffentlichungen
- Statistisches Informationssystem des Bundes
- Btx-Programm

Nach diesem Arbeitsplan laufen im Prinzip alle Statistiken, weitgehend unabhängig von dem zu erfassenden Gebiet. Die Mannigfaltigkeit der Themen, zu welchen Statistiken erhoben werden, läßt sich hier nur andeuten; sie reicht von der Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit über die Land- und Forstwirtschaft zur Energieversorgung und zum Umweltschutz, von der Bautätigkeit über Reiseverkehr und Gastgewerbe zum Außenhandel und zum Verkehr, vom Geld- und Kreditwesen über die Rechtspflege und Bildung und Kultur zu Sozialleistungen und Finanzen bzw. Steuern, von Löhnen und Gehältern über Preise zu den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Bereits aus dem folgenden Organisationsplan, der die einzelnen Fach- und Sachgruppen innerhalb der neun Abteilungen — die ca. 2800 Mitarbeiter umfassen — des Statistischen Bundesamtes ausweist, kann man diese Vielfalt der Themengebiete ersehen.

In allen diesen Bereichen aber erfüllt die amtliche Statistik drei Grundaufgaben:

- die Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation und ihrer Entwicklung
- die Bereitstellung von Datenmaterial für Planungen und Entscheidungen
- die wissenschaftliche Kontrolle der Auswirkungen dieser Maßnahmen

Privatisierung?

Immer wieder, besonders im Zusammenhang mit Debatten über Entbürokratisierung oder Haushaltsprobleme, wird der Vorschlag gemacht, die amtliche Statistik ganz oder teilweise zu „privatisieren“. Gemeint ist offenbar, die Beschaffung der Auskünfte und Daten, die wissenschaftlich-fachmännische Aufbereitung des Materials sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse privaten Unternehmen auf deren Risiko zu übertragen. Die Rede ist davon, daß Privatunternehmen viel zügiger und wirtschaftlicher als ein „unbeweglicher Staatsapparat“ die Aufgabe der Statistik erfüllen könnten; da wird von Vereinfachung des Verfahrens, von Orientierung am Bedarf, von beschleunigter Veröffentlichung der Ergebnisse, von Minderung des Aufwandes, von wirtschaftlicherem Personaleinsatz gesprochen.

Kann man die Statistik privatisieren? Antwort: Man kann! Sie wäre zwar weniger gut zu privatisieren als

Organisationsübersicht

(1. Juni 1985)

Statistisches Bundesamt 6200 Wiesbaden 1

Gustav-Stresemann-Ring 11
Postfach 5528
Fernruf (0 61 21) 751 Vermittlung
Fernschreiber 4 186 511 stbd
Telefax 75 34 25

Zweigstelle Berlin

Kurfürstenstraße 87, 1000 Berlin 30
Postanschrift:
Postfach 11 04 60, 1000 Berlin 11
Fernruf (030) 26 00 30 Vermittlung

Außenstelle Düsseldorf

Hüttenstraße 5a, 4000 Düsseldorf 1
Postanschrift:
Postfach 77 20, 4000 Düsseldorf 1
Fernruf (02 11) 37 20 60

Präsident

Vizepräsident

Geschäftsbereich:
Abteilungen III—VIII

Bundeshalleiter:

Präsident
Vertreter: Dir. b. StBA

Pressestelle:

Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Allgemeine Verbindung zum Rat von Sachverständigen für Umweltfragen

ABTEILUNG Z

Verwaltung

GRUPPE ZA

Organisation

Organisation des Amtes
Allgemeine Planung und
Koordination der Arbeitsabläufe in der Statistik
Kostenberechnungen
Aus- und Fortbildung
Dezentrale Fortbildungsveranstaltungen der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung

GRUPPE ZB

Haushalt

Innerer Dienst

Haushalts- und Rechnungswesen,
Zahlstelle
Allgemeine Rechtsfragen der
Verwaltung
Innerer Dienst, betriebsärztlicher
Dienst, Sicherheit
Druck und Vertrieb

GRUPPE ZC

Personal

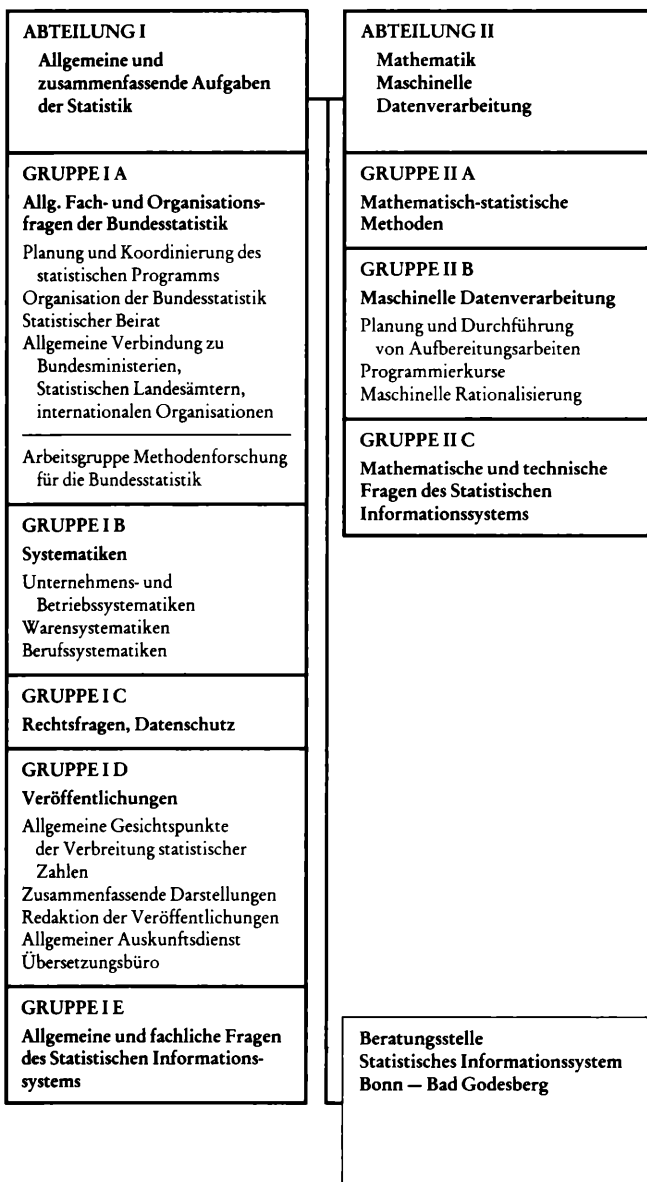
GRUPPE ZD

**Bibliothek, Dokumentation,
Archiv**

Zweigstelle Berlin

Auslandsstatistische Länderberichte
Allgem. auslandsstat. Auskunftsdienst
Einkommens- und Verbrauchsstichproben
Statistische Aufbereitungsarbeiten für verschiedene Fachgebiete

Vorprüfungsstelle



<p>ABTEILUNG III Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Unternehmens- und Wirtschaftsrechnungen</p>
<p>GRUPPE III A Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts Unternehmen Privater Verbrauch Investitionen</p>
<p>GRUPPE III B Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Einkommen Staat, Private Haushalte Banken und Versicherungen Außenwirtschaft Volkswirtsch. Gesamtrechnungen des Auslandes</p>
<p>GRUPPE III C Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Soziale Indikatoren Input – Output – Rechnungen Vermögen Sonderaufgaben, sonstige statistische Gesamtsysteme</p>
<p>GRUPPE III D Unternehmensrechnungen Wirtschaftsrechnungen Kostenstruktur Unternehmensbilanzen Geld und Kredit Einkommens- und Verbrauchs- stichproben Laufende Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte</p>

<p>ABTEILUNG IV Produzierendes Gewerbe Bautätigkeit Umweltstatistiken</p>
<p>GRUPPE IV A Monatsstatistiken im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Indizes Monatsbericht Auftragsgänge, Auftragsbestände Produktionsindizes, Produktivität</p>
<p>GRUPPE IV B Produktion, Handwerk Grundstoffe und Produktionsgüter Investitionsgüter, Verbrauchsgüter Nahrungs- und Genussmittel Produzierendes Gewerbe im Ausland, Handwerksbericht, Handwerkszählungen</p>
<p>GRUPPE IV C Jahreserhebungen, Kartei, Zensen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Jahreserhebungen, Kartei Zensen, Wareneingänge Arbeitsstättenzählungen</p>
<p>GRUPPE IV D Bautätigkeit Monatlicher Baubericht Jahreserhebungen, Zensen, Wareneingänge im Baugewerbe Baugenehmigungen, Baufertig- stellungen Fortschreibung der Gebäude und Wohnungen Wohngeld</p>
<p>GRUPPE IV E Energie, Umwelt Energie und Wasser Umweltstatistiken</p>
<p>Außenstelle Düsseldorf Eisen- und Stahlstatistik</p>

<p>ABTEILUNG V Ernährung und Landwirtschaft Handel und Verkehr</p>	<p>ABTEILUNG VI Preise, Löhne Außenhandel</p>
<p>GRUPPE V A Betriebsverhältnisse der Landwirtschaft Agrarberichterstattung Arbeitskräfte Landwirtschaftszählungen Preise für landwirtschaftlichen Grundbesitz Agrarstatistik des Auslandes</p>	<p>GRUPPE VIA Preise Erzeugerpreise Bau- und Baulandpreise Groß- und Außenhandelspreise Verkehrspreise Verbraucherpreise Preise im Ausland Preisvergleiche mit dem Ausland</p>
<p>GRUPPE V B Pflanzliche und tierische Produktion Allgemeine Bodennutzung und Ackerbau Obst-, Gemüse- und sonstiger Gartenbau Weinwirtschaft Vieh-, Fleisch- u. Milchwirtschaft Fischerei, Forstwirtschaft</p>	<p>GRUPPE VI B Löhne und Gehälter Gehalts- und Lohnstruktur Arbeitskosten Laufende Verdiensterhebungen Tariflöhne und -gehälter Löhne und Gehälter im Ausland</p>
<p>GRUPPE V C Binnenhandel und Gastgewerbe, Reiseverkehr Groß- und Einzelhandel Handelsvermittlung Gastgewerbe Reiseverkehr Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) Warenverkehr mit Berlin (West)</p>	<p>GRUPPE VI C Außenhandel Anmeldeverfahren Aufbereitung Warengliederungen Außenhandel des Auslandes</p>
<p>GRUPPE V D Verkehr Eisenbahnen Straßenverkehr Binnen- und Seeschifffahrt Luftfahrt Rohrleitungen Nachrichtenwesen Verkehrsunfälle</p>	

ABTEILUNG VII Finanzen und Steuern Bildungs- und Gesundheitswesen
GRUPPE VII A Öffentliche Haushalte Gesamthaushalt Staatsfinanzen Kommunalfinanzen Schulden Hochschulfinanzen
GRUPPE VII B Steuern Personal im öffentlichen Dienst Steuerhaushalt, Realsteuern Einkommensteuern Vermögensteuern, Einheitswerte Umsatz- und Verbrauchsteuern Personal im öffentlichen Dienst
GRUPPE VII C Bildung und Kultur Rechtspflege Schulen Berufsbildung Hochschulen Presse und Filmwirtschaft Rechtspflege
GRUPPE VII D Gesundheitswesen Sozialleistungen Krankheiten und Todesursachen Berufe des Gesundheitswesens, Krankenhäuser Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge, Jugendhilfe Behinderte, Rehabilitations- maßnahmen

ABTEILUNG VIII Bevölkerung Erwerbstätigkeit Wohnungswesen, Wahlen Allgemeine Auslandsstatistik
GRUPPE VIII A Bevölkerungs- und erwerbs- statistisches Gesamtbild Volkszählungen Gebäude und Wohnungen Bevölkerungs- und erwerbs- statistisches Gesamtbild Volks- und Berufszählungen Grundstücke, Gebäude, Wohnungen Wahlen
GRUPPE VIII B Laufende Bevölkerungsstatistiken Gebietsgliederungen Bevölkerungsbewegung Bevölkerungsfortschreibung Bevölkerungsvorausschätzungen Familien und Haushalte Ausländerstatistik Bevölkerung des Auslandes
GRUPPE VIII C Mikrozensus, Erwerbstätigkeit Mikrozensus Beschäftigtenstatistik Erwerbstätigkeit Berufe
GRUPPE VIII D Allgemeine Auslandsstatistik Koordinierung des auslands- statistischen Programms Auslandsstatistische Bericht- erstattung Internationale Übersichten
Auslandsstatistische Länder- berichte ¹⁾ Allgem. auslandsstatistischer Auskunftsdiens ¹⁾

1) siehe auch Z/Zweigstelle Berlin

das öffentliche Finanzwesen. Der Grund: Der private Unternehmer wird in der Regel nur Aufgaben übernehmen, die einen Gewinn versprechen. Wo verdient werden soll, müssen andere sein, die zahlen. Bei der Steuereinnahme sind wirtschaftliche Lösungen denkbar. Die Fugger, die ihren Reichtum nicht zuletzt ihrer Beteiligung an der Einziehung und Verwaltung des Peterspfennigs verdankten, sind dafür ein Beispiel. Die Unbeliebtheit der „Zöllner“ im biblischen Palästina ist nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, daß sie rücksichtslos gegen die Steuerpflichtigen vorgingen, weil der Ertrag ihnen anteilig zugute kam.

Für die Statistik gäbe es dagegen nicht einmal Möglichkeiten der Beteiligung am beigetriebenen Aufkommen. Es gäbe auch keinen Absatzmarkt in entsprechender Größenordnung. Es müßte den privaten Statistikunternehmen also ein Auftrag oder ein Bündel von Aufträgen erteilt werden, wobei der oder die Auftraggeber die Finanzierung der entstehenden Kosten wie auch eine Honorierung übernehmen müßten. Da Statistik erst ihren vollen Wert gewinnt, wenn sie den Vergleich über längere Zeiträume nach gleichem System ermöglicht, wäre ein kontinuierlicher, verpflichtender Auftrag erforderlich. Als Auftraggeber kämen voraussichtlich wieder Staat, Bund und Länder, vor allem aber Gemeinden und Gemeindeverbände sowie andere öffentliche Körperschaften für ihren Bereich oder in Zusammenschlüssen in Betracht. Privatisierung wäre damit aber nur in der Durchführung, nicht in der Finanzierung erreicht. Die private Wirtschaft könnte allenfalls — wie das auch heute gelegentlich schon der Fall ist — über die Verbände größere Statistiken erstellen lassen. Marktforschungsaktivitäten von Unternehmen und ihre Ergebnisse könnten hingegen nach den Regeln des Wettbewerbs von den Auftraggebern der

Allgemeinheit nicht kostenlos zur Verfügung gestellt werden, sondern würden entweder für die eigene Unternehmensstrategie zurück- oder geheimgehalten, bzw. sie würden verkauft, gehandelt werden. In beiden Fällen wäre die heute selbstverständliche breite öffentliche, publizistische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Nutzung der Statistik ausgeschlossen. Wie kämen dann staatliche Stellen an die notwendigen Informationen aus privat finanzierten Statistiken? Nur über finanzielle Gegenleistungen, es sei denn, die privat gelieferten statistischen Daten sollten staatliches Handeln in bestimmte Richtungen lenken — und dann wären Zweifel an deren Richtigkeit angebracht.

Da auch bei größter Finanzkraft einzelne Auftraggeber allenfalls einzelne Statistiken finanzieren könnten, würde lediglich der vermutlich gewinnträchtige und daher finanziell interessante Teil der Statistiken in seinem Bestand annähernd gesichert. Alles andere würde nach dem zweifelhaften Prinzip der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste wieder dem Staat und seinen Behörden überlassen bleiben. Das Ergebnis wäre ein Fleckerlteppich von unterschiedlichsten statistischen Ergebnissen, in sich unvergleichbar, kaum miteinander verknüpfbar, nicht aussagekräftig und volkswirtschaftlich zu kostspielig. Wie stünde es auch um die Durchsetzung statistischer Auskunftspflichten? Würden dem beauftragten Unternehmer staatliche Durchsetzungsrechte übertragen, könnte er Zwangsgelder verhängen und sollte er Ordnungswidrigkeiten ahnden dürfen?

Wie stünde es um die Gewährleistung der objektiven und subjektiven Richtigkeit? Zu bedenken ist, daß die statistischen Angaben über wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Gegebenheiten Grundlage für eine Vielzahl oft außerordentlich einschneidender staat-

licher Entscheidungen und Maßnahmen sind. So orientieren sich Entscheidungen des Parlaments über die Höhe der Sozialrenten an statistischen Ermittlungen über das Einkommen der Arbeitnehmer im jeweils vorangegangenen Jahr. Auch steuerrechtliche Entscheidungen, etwa über die Steuerprogression und Befreiungstatbestände sowie Steuerbegünstigungen, mit denen ein bestimmtes wirtschaftliches Verhalten der Steuerpflichtigen erreicht oder erleichtert werden soll, gehen von Ergebnissen der amtlichen Statistik aus. Auch Tarifverhandlungen der Sozialpartner werden zum großen Teil auf der Basis statistischer Ergebnisse geführt. Dabei werden nicht nur die Veränderung der Lebenshaltungskosten und die Ertragslage der Betriebe, sondern auch die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer geforderten oder umstrittenen Lohnerhöhung aufgrund statistischer Kenntnisse als Argument benutzt und zur Entscheidungsfindung herangezogen. Viele amtlich festzusetzende private Leistungen, z. B. Unterhaltsansprüche unehelicher Kinder gegen ihre Väter oder geschiedener Ehepartner gegeneinander, werden nach statistischen Ergebnissen festgelegt. Äußerste Objektivität ist also im Interesse der Gesellschaft und jedes einzelnen dringend notwendig. Die Objektivität darf nicht durch finanzielle Erwägungen und Abhängigkeiten oder persönliche Vorlieben eines Statistikunternehmers eingeschränkt werden. Die Garantie hierfür ist nur bei einer von wirtschaftlichen Ergebnissen unabhängigen, nach festgelegten Verfahrensregeln arbeitenden Landes- oder Bundesbehörde gegeben.

Auch von einer angeblichen Beschleunigung des Erhebungsverfahrens steht nichts zu erwarten. Wenn es bei der Pflichtauskunft im Prinzip bleiben soll, dann muß dem Auskunftspflichtigen gegenüber einem privaten,

im öffentlichen Auftrag handelnden Unternehmer der gleiche Rechtsschutz eingeräumt werden, der ihm auch gegenüber den Statistischen Ämtern zusteht. Es wäre schon ein merkwürdiges Ergebnis, könnte man den durch das Grundgesetz festgelegten und verbrieften Rechtsschutz dadurch wegbedingen, daß man öffentliche Aufgaben mit verpflichtendem Auftragscharakter einfach auf private Unternehmer umlegt.

Man kann also die amtliche Statistik guten Gewissens nicht privatisieren.

Eine andere Frage ist die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und privaten Instituten in Teilbereichen. Sollte die amtliche Statistik in Anpassung an die tatsächlichen Bedürfnisse zugunsten rascher Aktualisierung ihrer Ergebnisse über kleine Stichproben tätig werden? Hier böte sich dann in der Tat eine Zusammenarbeit mit dafür geeigneten privaten Instituten an, die aufgrund festgelegter Fragestellungen und nach vorgegebenen Auswahlplänen Erhebungen vornehmen und bestimmte Auswertungen erstellen könnten. Über derartige Formen der Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und Einrichtungen der Marktforschung haben bereits Gespräche stattgefunden. Für die amtliche Statistik und die sie finanzierenden öffentlichen Haushalte wird dabei der Nutzen-Kosten-Vergleich ebenso eine Rolle spielen wie die aus der Erfahrung zu gewinnende Bewertung von Sicherheit und Zuverlässigkeit derartiger Erhebungen. Sie könnten sich dann nur auf Freiwilligkeit stützen und dürften nicht als Quasi-Behörden wirken.

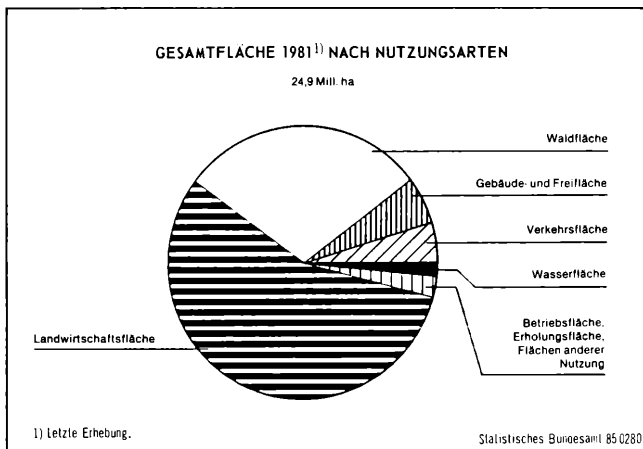
Revision des statistischen Gebäudes

Die Statistik ermittelt Lebenssachverhalte. Was sie ermittelt, dient ebenso den Bedürfnissen des praktischen Lebens wie der wissenschaftlichen Forschung. Die Interessen wechseln. Neben den immer interessanten Angaben über die Bevölkerung, ihre Größe, ihre Entwicklung, Grunddaten des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft stehen statistische Erkenntnisse, die im Rahmen einer eigenen „Konjunktur“ gefragt oder weniger gefragt sind: Wirtschaftliche Notzeiten haben andere Bedürfnisse als Zeiten wirtschaftlicher Blüte. Technische Umwälzungen schaffen neue Sachverhalte, die gemessen oder gezählt werden und deren Kenntnis politisch oder wirtschaftlich bedeutungsvoll ist. Solche technischen Entwicklungen lassen gleichzeitig andere Sachverhalte, die früher von Bedeutung waren, weniger interessant oder gar unbedeutend werden.

War zum Beispiel früher Statistik über Pferdehaltung von gesamtwirtschaftlichem, verkehrspolitischen und nicht zuletzt auch militärischem Interesse, so ist sie heute aus der Sicht des Städters allenfalls noch von nostalgischer oder sportlicher Bedeutung. Daß es dennoch Interessenten gibt, die aus dieser Statistik wichtige Schlüsse ziehen, sei nicht verschwiegen. Hingegen sind andere Tierarten, wie z. B. Ziegen, die früher als „Bergmanns-Kuh“ eine große Rolle für die Lebenshaltung privater Haushalte und die Versorgung der Bevölkerung gespielt haben, heute wirtschaftlich völlig unbedeutend.

Die Statistik zieht aus solchen Änderungen der Lebenssachverhalte Konsequenzen: Statistiken werden dann entweder ganz eingestellt oder auf die Erhebungen privater Verbände gestützt.

Umgekehrt kommen neue Fragestellungen aus der technischen Entwicklung, aus der Gesellschaft, aus



Schutz der Umwelt und Erhaltung der Natur sind Forderungen in der politischen Diskussion unserer Tage. Die wenigsten kennen die Größenordnungen der Nutzung des Bodens der Bundesrepublik. In der Grafik sind die Verwendungsarten entsprechend ihrem Anteil kenntlich gemacht. Natürlich bestehen starke regionale Unterschiede, die für die Entscheidungen über größere Baumaßnahmen bedeutsam sind. Dennoch ist die Kenntnis der Gesamtsituation geeignet, manche vorgefaßte Meinung zurechtzurücken.

dem Naturgeschehen. Typisch dafür ist das Umweltproblem.

Hat man früher in erster Linie Rohstoffe und Energien gesucht und erschlossen und sie statistisch erfaßt, so tritt heute in der Öffentlichkeit die Frage nach dem Verbleib der Reststoffe, des Abfalls in den Vordergrund.

Wie weit schädigt der Mensch seine natürliche Umwelt, oder bringt er sich selbst in Gefahr durch unsachgemäßen Umgang mit Rest- und Abfallstoffen?

Nahezu täglich sind Meldungen

- über Waldschäden mit beunruhigenden Prozentzahlen und Steigerungssätzen
- über Verseuchung von Gewässern und Böden

- über den Verbrauch von Landschaft
 - über Anreicherung der Luft mit Schadstoffen
- zu lesen und zu hören. Diese Meldungen stammen überwiegend aus punktuellen Erkenntnissen; sie erzeugen verständlicherweise Furcht, weil sie ins Allgemeine übertragen werden.

Was hier fehlt, sind ausreichende Statistiken über längere Zeiträume, aus denen sich die Entwicklung von Ursachen und Wirkungen ableiten ließe.

Wenn also die Umweltpolitik künftig an Bedeutung gewinnt — und wer zweifelt noch daran? —, dann wird die Bereitstellung entsprechender statistischer Grundlagen zunehmend dringlicher. Das Statistische Bundesamt hat als Grundlage für die weiteren Verhandlungen intern einen Katalog möglicher umweltpolitischer Fragestellungen an die Statistik erstellt. Erforderlich ist ein Programm, das die künftigen wissenschaftlichen Fragestellungen bereits vorwegnimmt und damit die Erhebung und Bereitstellung der erforderlichen Daten schon sehr bald möglich macht. Durch die Verbindung mit Informationen, die aus anderen Gründen erhoben worden sind, jetzt aber an umweltpolitischer Bedeutung gewinnen, wird sich ein derartiges umweltstatistisches Programm mit vertretbarem Aufwand verwirklichen lassen. Angesichts der Größenordnung umweltpolitisch relevanter Projekte und im Blick auf die Gefahr von Fehlinvestitionen sind statistische Grundlagen von besonderer Wirtschaftlichkeit, wenn sie die Treffsicherheit der Entscheidungen erhöhen.

In diesem Zusammenhang könnten Informationen über folgende Themenbereiche in Zukunft vordringlich sein:

- Informationen über Ausmaß und Ursachen der Umweltbelastungen und ihre Wirkungen auf die Umwelt; im Mittelpunkt des Interesses dürften da-

bei stehen: Belastungen durch Lärm, Müll, Schwermetalle, Umweltchemikalien und Abwärme sowie die durch sie hervorgerufenen Krankheiten und genetischen Schäden;

- Berichtssysteme über den Bestand der natürlichen Umwelt und ihre Veränderung, da diese Informationen Voraussetzung für die Beantwortung der Frage nach der Entwicklung von Umweltschäden sowie einen wirkungsvollen Umweltschutz sind;
- Informationen über Umweltschutzmaßnahmen und ihre Wirkungen; im Vordergrund des Interesses dürften dabei stehen: Luft- und Gewässerreinigung, Minderung der Lärmbelastung, Förderung umweltfreundlicher Technologie und umweltbewußten Verbraucherverhaltens, Beschränkungen für Herstellung, Anwendung und Transport gefährlicher Stoffe.

Die Statistik muß in angemessenen Abständen immer wieder auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüft werden. So hat in vergangenen Jahren gerade das Statistische Bundesamt auf die Einstellung von Erhebungen gedrängt, die für das statistische Gesamtbild und für öffentliche Bedürfnisse nicht mehr erforderlich erschienen. Bei dieser Revision der Statistik darf man sich allerdings auch nicht von falschen Vorstellungen leiten lassen. Die Einstellung einer Statistik, die Verlängerung des Erhebungszeitraums, die Verringerung des Kreises der Befragten sind für sich allein noch kein verwaltungswirtschaftlicher Erfolg. Nur in der Zusammenschau zwischen der Bedeutung des dadurch eintretenden Informationsverlustes und der Entlastung des statistischen Apparats sowie der Entlastung der Auskunftspflichtigen ist eine zutreffende Bewertung möglich. Statistik ist rational. Bei der Bewertung der für sie zu leistenden Arbeiten neigt aber mancher zu irrationalen Ge-

dankengängen. Statistik wird häufig als Synonym für Bürokratie und Bürokratisierung verstanden und wird damit zum Blitzableiter für Unmutsbekundungen. Als Erklärung bietet sich an, daß der Nutzen der Beiträge für die statistische Arbeit dem einzelnen weit weniger deutlich wird als der Nutzen ausführlicher Darlegungen gegenüber dem Finanzamt, wenn diese für den einzelnen zu Steuerersparnissen oder Steuerrückzahlungen führen. Das Statistische Bundesamt versucht mittelfristige Revisionen und Rationalisierungen. Dabei geht man von folgenden Voraussetzungen aus:

1. Der Bedarf an aktuellen Informationen wächst; insbesondere werden die Ansprüche an die Aktualität, also an die größtmögliche Zeitnähe zwischen statistischer Mitteilung und Erhebung des Sachverhaltes, wachsen.
2. Die Informationen müssen noch stärker problemorientiert dargeboten werden; die amtliche Statistik wird also verstärkt die Aufbereitung der erfaßten Daten selbst vornehmen oder aber dem Benutzer Interpretationshilfen anbieten müssen.
3. Der Datenbedarf wird zunehmend durch internationale Verflechtungen geprägt. Je stärker die Integration der europäischen Staaten und die unmittelbar und mittelbar wirksamen Entscheidungen internationaler Stellen werden, desto größer ist der Bedarf an problemloser Vergleichbarkeit der statistischen Informationen in verschiedenen Ländern.
4. Die Arbeitsweise der Statistik, insbesondere die Erhebung ihrer Informationen, aber auch ihrer Vermittlung an die Benutzer, wird durch die technische Entwicklung Änderungen erfahren. Diese Änderungen können Erleichterungen für die Auskunftspflichtigen und die Beschleunigung des Verfahrens mit sich bringen.

Für die weitere Arbeit der Statistischen Ämter kommt es auf Zielprojektionen für die Festlegung von Aufgabenstellungen an.

Bei der Auswahl der zu erhebenden Sachverhalte und der damit bereitzustellenden Informationen ist vor allem der vorausszusehende künftige Bedarf maßgeblich.

Zu den Schwerpunkten des zu vermutenden künftigen Informationsbedarfs werden neben Umweltschutz insbesondere die folgenden Bereiche gehören:

■ *Struktur und Entwicklung der Bevölkerung*

Als Ausgangspunkt für eine auf Zukunft gerichtete rationale Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik werden Informationen über die Struktur der Bevölkerung, ihre kurz- und mittelfristige Entwicklung sowie Anhaltspunkte über längerfristige Entwicklungstrends in der Bevölkerung nach wie vor dringend benötigt. Diese Informationen sind darüber hinaus Basis für andere Bereiche (Erwerbstätigkeit, Ausbildungsbedarf, Nachfrageentwicklung usw.).

Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang erfüllt die Regierenden nach eigenem Bekunden mit ernster Sorge. Neben den Ursachen des Bevölkerungsrückganges (generatives Verhalten) interessieren vor allem Auswirkungen auf Folgebereiche, wie Arbeitsmarkt, Bildungswesen, Alterssicherung, Landesverteidigung usw. Weitere Auswirkungen einer schrumpfenden Bevölkerung ergeben sich für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die Staatseinnahmen und -ausgaben, das Pro-Kopf-Einkommen sowie weitere wirtschaftliche Detailbereiche. Wichtig sind in Zukunft auch Fragen nach geänderten Lebensformen; dazu zählen unter anderem Änderungen in der Familien- und Haushalts-

Geschiedene Ehen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder dieser Ehe

Jahr	Geschiedene Ehen mit ... Kindern					Betroffene Kinder	
	insgesamt ¹⁾	Anzahl				Anzahl	je 1000 Scheidungen
		0	1	2	3 und mehr		
		Prozent					
1960	48 873	42,2	34,7	15,4	7,6	45 067	922
1965	58 721	39,2	34,7	17,0	9,1	59 770	1 018
1970	76 520	36,3	33,7	19,0	11,0	86 057	1 125
1971	80 444	36,4	33,4	19,3	10,9	90 245	1 122
1972	86 614	37,2	33,0	19,1	10,7	95 702	1 105
1973	90 164	37,7	32,7	19,1	10,5	98 536	1 093
1974	98 584	38,3	32,3	19,1	10,3	106 725	1 083
1975	106 829	41,1	31,6	18,2	9,1	107 216	1 004
1976	108 258	41,8	31,8	17,8	8,6	105 967	979
1977	74 658	46,3	31,2	15,8	6,6	64 433	863
1978	32 462	59,5	23,2	12,2	5,0	21 162	652
1979	79 490	50,2	28,7	15,3	5,9	63 211	795
1980	96 222	47,1	31,2	16,3	5,4	78 972	821
1981	109 520	47,4	31,7	16,1	4,8	87 857	802
1982	118 483	46,4	33,1	16,0	4,5	94 934	801
1983	121 317	46,5	33,7	15,7	4,1	95 165	784

1) Ohne Fälle unbekannter Kinderzahl

struktur, Entwicklungen im Familienbildungszyklus sowie neue Formen des Zusammenlebens.

■ *Raumordnung*

Bei sinkender Gesamtbevölkerung können nur interregionale Wanderungen eine Zunahme regionaler Einwohnerzahlen bewirken. Dabei muß die Zunahme der Bevölkerung in einigen Regionen mit der Abnahme der Bevölkerung in anderen Regionen einhergehen. Eine allzu starke Zuwanderung kann jedoch ebenso wie eine sehr starke Abwanderung wirtschaftlich und gesellschaftlich negative Folgen haben. Ziel der Raumordnungspolitik ist daher die Schaffung „gleichwertiger Lebensbedingungen“ in allen Teilregionen des Bundesgebietes. Dies bezieht sich insbesondere auf ein quantitativ und qualitativ angemessenes Angebot an Wohnungen, Erwerbsmöglichkeiten sowie öffentlicher Infrastruktur und eine ökologisch und gesellschaftspolitisch intakte Umwelt.

Für die Verteilung von Bundes-/Landesmitteln werden entsprechend diesen Zielsetzungen Problem- und Schwerpunkträume mit Hilfe eines umfassenden Indikatorensystems ausgewiesen. Der Informationsbedarf wird folglich in diesem Bereich stark von den aktuellen Zielsetzungen der Raumordnungspolitik abhängen; dabei ist jedoch zu erwarten, daß die folgenden Aspekte von besonderer Bedeutung sein werden:

- Boden- und Landschaftsnutzung;
- Siedlungsformen und -dichte;
- regionale Verteilung des Infrastrukturangebots und der -nachfrage sowie Auslastungs- und Erreichbarkeitsgrade;
- regionale Wohnungs- und Arbeitsplatzversorgung.

Im Hinblick auf den regionalen Ausgleich der räumlichen Disparitäten dürfte auch in Zukunft den Informationen über Verkehrsbedürfnisse einerseits und über Verkehrsinfrastruktur und die verschiedenen Verkehrsmittel andererseits besondere Bedeutung zukommen. Dabei sind die Auswirkungen der Verkehrsaktivitäten auf die Umweltbedingungen und gesamtwirtschaftliche Fragestellungen (Energieverbrauch) zu sehen. Ferner kommt der Langfristigkeit von Planung und Realisierung sowie dem extrem hohen Finanzmittelbedarf der Verkehrsinfrastruktur-Investitionen im Hinblick auf die Dringlichkeit des Informationsbedarfs besondere Bedeutung zu.

■ *Stabilitätspolitik*

Im Hinblick auf die Aufgaben der Wirtschaftspolitik werden auch in Zukunft aktuelle Kennziffern über die gesamtwirtschaftliche Tätigkeit und ihre voraussichtliche Entwicklung besonders wichtig sein. Für Entscheidungen im Sinne einer Stabilisierungspolitik, die frühzeitig wirtschaftlichen Fehlentwicklungen gegensteuern will, werden aktuelle, zuverlässige und umfassende statistische Daten für folgende gesamtwirtschaftliche Indikatoren im Vordergrund des Interesses stehen:

- Auslastung der Kapazitäten, Auftragslage und Wirtschaftswachstum;
- Nachfrage- und Einkommensentwicklung;
- Struktur des Preisniveaus und seine Entwicklung;
- Produktivität und Beschäftigung in ihrer Entwicklung;
- Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Staates;

- Kennzahlen der internationalen konjunkturellen Lage.

Die genannten gesamtwirtschaftlichen Indikatoren gehören zum größten Teil schon zum gegenwärtigen Programm der Bundesstatistik. Der Informationsmehrerbedarf wird daher vor allem auf Konsolidierung und verbesserte Aktualität ausgerichtet sein.

■ *Strukturpolitik*

Neben den Kennzahlen zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft stehen Informationen über solche Wirtschaftsbereiche im Blickpunkt der Öffentlichkeit, die wegen des sich abzeichnenden Strukturwandels die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik beschäftigen. Dies können Bereiche sein, die im besonderen Maße staatliche Hilfe erhalten (Subventionspolitik), oder solche, die sich im Umbruch befinden (technischer Fortschritt). Für den daraus erwachsenden Informationsbedarf wird folgenden Aspekten besondere Bedeutung beigemessen:

- Kennzahlen zur Messung von Konzentration und ihrer Entwicklung;
- Opfer und Ursachen von Insolvenzen;
- Berichtssysteme über Maßnahmen der Strukturpolitik und ihre Auswirkungen;
- Berichtssysteme über Einflüsse des EG-Marktes, des internationalen Wettbewerbs sowie des Protektionismus auf die inländische Wirtschaft;
- Informationen über Ausmaß und Ursachen der Schattenwirtschaft und ihre wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Konsequenzen.

Daneben wird ein verstärkter Informationsbedarf erwartet, um den Einfluß von Forschung und Techno-

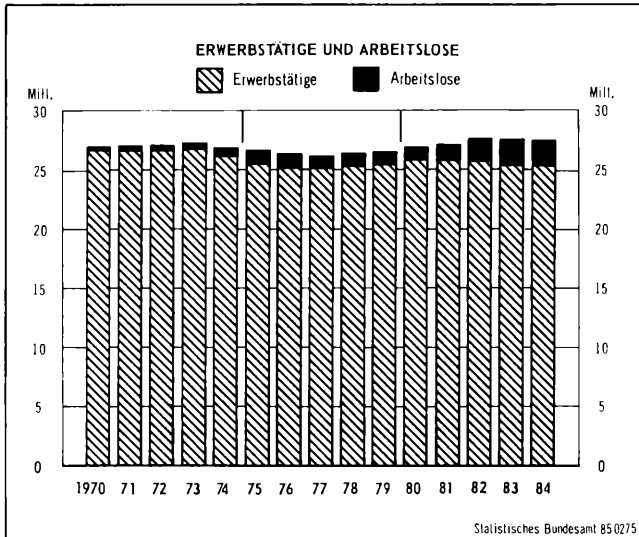
logie auf strukturelle Veränderungen genauer untersuchen zu können:

- Nachfrage und Angebot nach spitzentechnologischen Gütern sowie internationale Preis-Leistungs-Vergleiche;
- Anwendung von Innovationen im Produktionsprozeß (Umfang der Automatisierung im Produktionsprozeß);
- Patentbilanzen;
- öffentliche und private Ausgaben für die Grundlagen- und angewandte Forschung;
- Anteil und Entwicklung innovativer Unternehmen;
- Auswirkungen des technischen Wandels auf die Arbeitswelt;
- gesellschaftliche Akzeptanz neuer Technologien.

■ *Arbeitsmarkt*

Angesichts der voraussichtlich bis in die Mitte der 90er Jahre anhaltenden Arbeitslosigkeit werden Forderungen nach aktuellen Informationen für die Diagnose und Therapie von Arbeitsmarktfragen einen besonders hohen Stellenwert behalten. In diesem Zusammenhang sind Aussagen über folgende Themenbereiche besonders dringlich:

- Informationen für aktuelle Indikatoren zur Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in tiefer Gliederung (Zusammenhang zwischen Arbeitslosenzahlen und Erwerbstätigenzahlen sowie weiteren Konjunkturindikatoren);
- Informationen über Qualifikationsstrukturen, Dauer und Häufigkeit von Arbeitslosigkeit in demographischer, erwerbs- und wirtschaftsstatistischer, regionaler und sektoraler Gliederung;



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen.

- Informationen für die Analyse der „stillen Reserve“ sowie spezieller Problemgruppen am Arbeitsmarkt, die besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht sind;
- Informationen im Zusammenhang mit der Arbeitszeitflexibilisierung (Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Lebensarbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung, Teilzeitarbeit, Jobsharing usw.) sowie über deren Beschäftigungswirkungen; ferner Informationen über die Wünsche der Betroffenen hinsichtlich der Aufteilung in Arbeitszeit und Freizeit;
- Informationen über Auswirkungen des technischen und organisatorischen Fortschritts auf den Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Arbeitsmarktchancen und -risiken einschließlich der Auswirkungen auf Ausbildung und berufliche Qualifikationen;

- Informationen über den sektoralen und regionalen Strukturwandel im Hinblick auf Qualifikationsanfordernisse im Vergleich zur Qualifikationsstruktur und deren Entwicklung bei den Arbeitskräften;
- Informationen über die regionale und sektorale Mobilität von Arbeitskräften sowie mobilitätshemmende Faktoren;
- Informationen zur Struktur und Entwicklung des Lohn- und Gehaltsniveaus sowie über die gesamten Arbeitskosten;
- besonders gefordert werden außerdem Darstellungen in Form von Berichtssystemen für intensivierete Analysen und Prognosen des zukünftigen Erwerbsverhaltens; von Interesse sind ferner Berichtssysteme zu Arbeitslebenszyklen (Übergänge vom Bildungssystem ins Arbeitsleben, Verläufe innerhalb des Arbeitslebens, Austritt aus dem Erwerbsleben) und Arbeitskräftegesamtrechnungen (Bilanzen der Erwerbstätigenströme in sektoraler und regionaler Gliederung, Ströme zwischen dem Bereich Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit sowie Arbeitszeitbilanzen und Arbeitsvolumenberechnungen).

■ *Finanzpolitik*

Sanierung und Umstrukturierung der öffentlichen Finanzen werden weiterhin einen hohen Stellenwert behalten. Mittelfristig dürfte Fragen einer optimalen Gestaltung des Steuersystems besondere Bedeutung zukommen. Im Vordergrund könnten dabei Überlegungen stehen, welche Auswirkungen (Anreize, Hemmnisse) das Steuersystem auf die Leistungen hat; ferner ob das Steuersystem im Hinblick auf Transparenz,

Effizienz, Steuergerechtigkeit, soziale Ausgewogenheit usw. verbessert werden könnte.

Zunehmend wichtig ist auch die Frage der Verteilung von Steuern und Aufgaben zwischen den Gebietskörperschaften unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Kommunen und Großstädten.

Ferner wird sich die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen privatwirtschaftlicher Lösungen für bisher öffentlich angebotene Dienstleistungen beleben.

■ *Sozialpolitik*

Die veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die angespannte Situation der öffentlichen Finanzen und die sich abzeichnende ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung lassen einen steigenden Informationsbedarf im Hinblick auf die Alterssicherung und andere Bereiche der Sozialpolitik für die Zukunft erwarten. Folgende statistische Daten werden vordringlich gebraucht:

- Informationen über diejenigen Personengruppen, die durch die Sicherungssysteme für Alter, Krankheit, Erwerbs- und Berufsunfähigkeit geschützt werden sollen;
- Informationen über die Konsolidierung der Rentenversicherung und den Vergleich der Alterssicherungssysteme;
- Informationen über die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen im Gesundheitswesen;
- Informationen über staatliche Maßnahmen für Personengruppen, die als sozial hilfsbedürftig gelten, wie aber auch im Hinblick auf Fälle von Überversorgung durch staatliche Hilfen;
- Informationen über die Kosten der sozialen Sicherung allgemein (insgesamt, individuell).

Exkurs

Die anhaltende öffentliche und politische Diskussion über zwei bedeutende Instrumente statistischer Arbeit: die Volkszählung und den Mikrozensus, läßt eine detaillierte Darstellung dieser beiden Systeme geraten erscheinen.

Volkszählung

Was soll mit der Volkszählung ermittelt werden? Zunächst soll die Gesamtzahl der im Lande lebenden Menschen, eigene Staatsangehörige und Ausländer erfaßt werden. Dabei geht es nicht nur um die Gesamtsumme aller in der Bundesrepublik Lebenden, sondern um die Erfassung nach Ländern, Landesteilen, Regierungsbezirken, Landkreisen und Gemeinden. Entsprechend den praktischen Bedürfnissen müssen sie, gegliedert nach Geschlecht, nach Lebensalter, nach wichtigen Sozialbedingungen, wie etwa dem Zusammenleben in Haushalten oder in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften, nach Familienstand, ermittelt werden. Die Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften, die Staatsangehörigkeit nichtdeutscher Einwohner, die wirtschaftliche Grundlage der Lebensführung (z. B. Arbeit oder Rente), Schulbildung und Berufsausbildung, der Wirtschaftszweig, in dem der einzelne tätig ist, sollen ebenso erfragt werden.

Ist das schon Überwachungsstaat mit dem neugierigen Blick in die Lebensführung des Nächsten? Sind dies Übergriffe in die Privatsphäre?

Die Statistik will letztlich den einzelnen weder erkunden noch aushorchen. Sie braucht die Informationen des einzelnen, um für die Gesellschaft Zusammenstel-

lungen über Lebensverhältnisse von Mitbürgern machen zu können, um sachgerechte Politik und wichtige wirtschaftliche Entscheidungen vorzubereiten. Die Kenntnis der Zusammensetzung der Bevölkerung in den verschiedenen Regionen unseres Landes ist Grundlage für wichtige politische Entscheidungen vom Schulbau bis zur Industrieansiedlung.

Mit der Gebäude- und Wohnungszählung soll der Gesamtbestand an Gebäuden und Wohnungen in seiner Verteilung auf die einzelnen Regionen des Bundesgebietes und in dem durch Zuschnitt und Ausstattung umschriebenen Wohnwert ermittelt werden. Dazu gehört u. a. die Erfassung der sanitären Ausstattung, aber auch die Erfassung leerstehender Wohnungen und die Dauer ihres Nichtbewohntseins. Nicht zuletzt soll ebenfalls die Höhe der Miete ermittelt werden. In einem eigenen Zählungsteil sollen die Arbeitsstätten nach ihrer geographischen Verteilung, nach Wirtschaftszweig, nach Dauer des Bestehens, nach der Zahl der beschäftigten Personen und nach der Höhe der insgesamt gezahlten Bruttolöhne und -gehälter in Zuordnung zu den einzelnen Gemeinden ermittelt werden. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit leuchtet eine solche Art der Erfassung besonders ein, läßt sie doch Rückschlüsse auf die Möglichkeit zu, Vollbeschäftigung oder wenigstens einen höheren Beschäftigungsgrad in bestimmten Gebieten und Wirtschaftszweigen zu erreichen.

Auch wer die Notwendigkeit der Ermittlung von Planungsdaten, also von Informationen über den gegenwärtigen Stand, im Prinzip bejaht, fragt häufig, ob eine Vollerhebung, also eine Befragung der ganzen Bevölkerung, notwendig ist, ob nicht auch Stichproben ausreichende Ergebnisse bringen könnten. Ein Ansatzpunkt unter mehreren ist für eine solche Frage immer die Ent-

scheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach dem Gesetzgeber auferlegt ist, über das jeweils mildeste Mittel statistischer Erhebungen nachzudenken.

Bei der Beantwortung dieser Frage kann man sich zunächst darauf zurückziehen, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts davon ausgeht, daß zum Zeitpunkt des Erlasses dieses Urteils die Volkszählung ein sachgerechtes, nicht durch andere zu ersetzendes Mittel zur Feststellung der mit ihr zu beantwortenden Fragen ist. Praktisch alle Nationen führen solche Volkszählungen durch, ob in den USA, in China und der Sowjetunion, und diese Staaten sind sehr viel größer als die Bundesrepublik. Würden sie es tun, wenn es ausreichend sichere andere Verfahren zur Ermittlung gäbe? Auch Statistiker hätten kein Interesse an der Vollerhebung, wenn sie die Erkenntnisse auf andere, vor allem auf einfachere Art erhalten könnten. Von der Vollerhebung sollte man deshalb nur dann abgehen, wenn nicht nur vage Theorie, sondern wissenschaftlich gründlich geplante und untermauerte, in Tests bewährte Alternativverfahren mit gleichem oder annähernd gleichem Genauigkeitseffekt möglich sind. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie wissenschaftliche Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes sowie unabhängiger Wissenschaftler ergeben haben.

Untersucht wird auch die Möglichkeit eines begleitenden Einsatzes von Stichproben, durch den die Volkszählung als Vollerhebung, die nur Grundmerkmale erfaßt, mit einem erweiterten Fragenprogramm ergänzt werden könnte. Positive Erfahrungen mit einer solch kombinierten Methode der Völkerzählung liegen bereits aus anderen Ländern, u. a. aus den USA, vor. Negative Erfahrungen, auch aus der Bundesrepublik, müssen damit verglichen werden.

Das Fragenprogramm der geplanten Volkszählung orientiert sich am Informationsbedarf der wichtigen Benutzergruppen. Es umfaßt die Komplexe Bevölkerung, Haushalte, Ausbildung, Erwerbstätigkeit sowie Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten. Damit ergeben sich gegenüber dem auch vom Bundesverfassungsgericht akzeptierten Merkmalskatalog von 1983 keine wesentlichen Änderungen. Im neuen Gesetz wurden allerdings die zur statistischen Auswertung bestimmten Erhebungsmerkmale, bis hin zu einzelnen Merkmalsausprägungen, genau beschrieben. Daneben werden die Hilfsmerkmale festgelegt, die allein zur Organisation der Zählung dienen, also nicht statistisch ausgewertet werden (z. B. Namen).

Statistische Geheimhaltung ist seit jeher ein wesentliches Prinzip der amtlichen Statistik. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, daß die Sicherheitsvorkehrungen in den Statistischen Ämtern dem modernsten Standard entsprechen. Dies ist zwingend im Blick auf die Gefahren neuer technischer Möglichkeiten; diese erlauben andererseits, neue Techniken zu nutzen. Über die zwingende statistische Geheimhaltung hinaus wurden in Übereinstimmung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in wichtigen Punkten zusätzlich Sicherheitsbarrieren für die Volkszählung eingebaut:

1. Erstmals werden im Gesetz neben dem eigentlichen Merkmalskatalog für die Erhebung auch Regelungen zu den sogenannten Hilfsmerkmalen der Zählungsorganisation getroffen. Die später nicht mehr benötigten Hilfsmerkmale sind unverzüglich nach den Eingangskontrollen von den Erhebungsmerkmalen zu trennen, während der Bearbeitung unter Verschuß zu halten und anschließend zu vernichten. Diese Regelung bedeutet einen zusätzlichen Schutz aller Befragten vor Mißbrauch ihrer Daten.

2. In dieselbe Richtung wirkt die im Gesetzentwurf neu aufgenommene Bestimmung über die Erhebungsstellen: Zur Durchführung der Volkszählung werden spezielle kommunale Erhebungsstellen eingerichtet, die von anderen Verwaltungsstellen zu trennen sind. Damit ist gewährleistet, daß die statistische Erhebung auch jeden äußeren Bezug zu Verwaltungsaufgaben verliert. Diese „Abschottung“ war vom Bundesverfassungsgericht als unentbehrlich erachtet worden.
3. Hinsichtlich der Zähler werden Maßnahmen getroffen, die das Vertrauen der Befragten in die Anonymität der Erhebung sichern. Ausgeschaltet werden durch den neuen Gesetzentwurf Interessenkonflikte, die in Einzelfällen beim Einsatz von Zählern aufgrund ihres Berufes entstehen könnten. So sollen z. B. Polizeibeamte und Steuerfahnder nicht als Zähler tätig werden. Auch sollen Zähler nicht in der unmittelbaren Nachbarschaft ihrer Wohnung eingesetzt werden.
4. Ein Abgleich der Daten aus der Volkszählung mit den Melderegistern findet nicht statt. Nach dem neuen Gesetzentwurf wird dem Zähler lediglich zur Erleichterung seiner Aufgabe ein Auszug aus dem Melderegister mitgegeben. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieser Registerauszug eine „Einbahnstraße“ von der Verwaltung zur Statistik ist. Ein Rückweg von der Statistik zur Verwaltung, wie ihn der Melderegisterabgleich dargestellt hätte, ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unzulässig.
5. Bei der Ausfüllung der Erhebungsvordrucke kann der Auskunftspflichtige — gemäß den Klarstellungen im Urteil des Bundesverfassungsgerichts — wählen, ob er die Fragen gemeinsam mit allen an-

deren Haushaltsmitgliedern oder für sich allein beantworten will. Außerdem räumt das Gesetz als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Zähler und Auskunftspflichtigen jedem Bürger das Recht ein, den Fragebogen allein auszufüllen oder die Auskünfte dem Zähler mündlich zu erteilen. Ferner hat jedermann die Wahl, die Erhebungspapiere dem Zähler offen auszuhändigen oder sie ihm in verschlossenem Umschlag zu übergeben. Der Auskunftspflichtige kann den Fragebogen auch bei der Erhebungsstelle abgeben oder ihn mit der Post zusenden.

6. Entsprechend seinem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung hat der Bürger auch das Recht, über staatliche Maßnahmen und Vorhaben wie die Volkszählung sachlich und umfassend informiert zu werden. Deshalb wurde in das neue Volkszählungsgesetz eine Bestimmung aufgenommen, in der die Tatbestände aufgezählt sind, über die der Bürger schriftlich aufzuklären ist. Hierzu gehören Ausführungen über Zweck, Art und Umfang der Erhebung, über Aufbereitung und Übermittlung sowie Veröffentlichung der Ergebnisse, über Rechte und Pflichten der Zähler und die statistische Geheimhaltung.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine große Stichprobe der amtlichen Statistik. Sie ist als Folge der Bemühungen, durch Stichproben möglichst viele Informationen bei möglichst geringer Belastung der Bürger und damit der Steuerzahler zu erhalten, entstanden. Der entscheidende Grundgedanke ist, an die Stelle vieler einzelner

Spezialstichproben eine allgemeine Stichprobe zu setzen. Die Vorteile dieses Verfahrens liegen auf der Hand.

Dadurch, daß dieselben Personen über eine ganze Reihe von Sachverhalten befragt werden, ist es möglich, durch Kombination und Bearbeitung der Ergebnisse unter besonderen Gesichtspunkten weit mehr Informationen zu erhalten, als es bei vereinzelt Stichproben mit insgesamt gleichen Fragen der Fall wäre. Das Ergebnis ist also zum einen wirtschaftlicher, zum anderen weit effektiver. Durch die Kombinationsmöglichkeit gewinnt jede einzelne Frage eine Bedeutung weit über ihren Inhalt hinaus. So erlauben Fragen nach dem Urlaubsverhalten auch Rückschlüsse auf die soziale Lage bestimmter Schichten, z. B. kinderreicher Familien. Durch die Kombinationsmöglichkeiten schafft der Mikrozensus einen Informationsvorrat für staatliche Maßnahmen, der auch für kurzfristig auftauchende, bei der Erhebung noch nicht bekannte Problemstellungen Lösungsmöglichkeiten anbietet. Diese vorsorgliche Bereitstellung eines statistischen Mengengerüsts ist vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich für zulässig und notwendig erklärt worden.

Der Mikrozensus ist ein zentrales Instrument statistischer Arbeit. Er steht zwischen der Volkszählung und anderen großen Gesamterhebungen auf der einen Seite und Spezialerhebungen durch die amtliche Statistik wie durch die Wirtschaft und vor allem durch die Wissenschaft auf der anderen Seite. Der Mikrozensus gibt nicht nur Direktinformationen, sondern bietet gerade für eine Vielzahl von Spezialuntersuchungen nach demoskopischen Methoden im Bereich der Marktforschung, aber auch der Soziologie, eine entscheidende Erkenntnisgrundlage. Gestützt auf den Mikrozensus, ist es für diese Bereiche möglich, durch

Stichproben mit verhältnismäßig kleiner Personenzahl zufriedenstellende Ergebnisse zu erzielen. Der Mikrozensus wurde von vornherein als flexibles Instrument konzipiert. Mit ihm können — abhängig von der Notwendigkeit und der darauf beruhenden Entscheidung des Gesetzgebers — auch andere, für die politische Arbeit notwendige Informationen erhoben werden, wie die bisher insgesamt rund 40 Zusatzbefragungen zu für die parlamentarische Arbeit jeweils aktuellen Themen, zum Beispiel Urlaubsanspruch, Nacht- und Sonntagsarbeit, Großstadtnahverkehr, Ausbildung in Erster Hilfe, Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnis etc.

Die Zahl der zu Befragenden scheint mit einem Prozent unter stichprobentechnischen Überlegungen auf den ersten Blick vielen noch immer recht hoch zu sein. Sie erklärt sich aus seinen analytischen Zielsetzungen und auch daraus, daß der Mikrozensus nicht nur Ergebnisse für das ganze Bundesgebiet, sondern auch für die Länder und Gebietsteile innerhalb der Länder in einer vergleichbaren Form zuverlässig liefern soll.

Die Leistung, die von den ausgewählten Bürgern bei der Beantwortung der Fragen des Mikrozensus erbeten wird, ist ein Akt der Solidarität gegenüber der Gemeinschaft. Auf diesen Auskünften beruhen die Grundlagen planvollen staatlichen Handelns, auch und gerade in sozial bedeutsamen Politikfeldern von der Arbeitslosenproblematik über den Wohnungsbau bis hin zu gesundheitspolitischen Fragestellungen. Langfristige Daseinsvorsorge, wie die Sicherstellung der Renten für künftige Jahrzehnte, ist überhaupt nur auf der Grundlage laufend ermittelter Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Bevölkerung und ihre Arbeits- und Einkommensverhältnisse möglich.

Staatliche Politik hat gerade auch die Aufgabe, sozial unbefriedigende Verhältnisse und Zustände zu korrigieren und zu verbessern. Dazu muß sie deren Umfang und Größenordnung kennen. Wenn der Mikrozensus die soziale Wirklichkeit abbilden soll — und das ist in der Tat seine Aufgabe —, kann er sich nicht nur auf die Erfassung allgemeiner Umstände beschränken, sondern muß auch soziale Probleme im Detail erkunden — mit Takt und Diskretion.

Die Befragung belastet einen Befragten erfahrungsgemäß etwa 20 Minuten im Jahr. Mit diesem geringen Zeitaufwand schaffen die befragten Mitbürger eine entscheidende Grundlage für die Gestaltung und Sicherung unserer Zukunft.

Das Statistikgeheimnis schützt seit Jahrzehnten entsprechend der Grundtendenz des Datenschutzes die Privatsphäre der auskunftspflichtigen Bürger. Das rechtfertigt den Anspruch auf vertrauensvolle offene Antworten. Es legt aber auch die Erwägung nahe, der amtlichen Statistik ausreichende Verarbeitungszeiten und -möglichkeiten einzuräumen, um aus der Belastung des befragten Bürgers durch vielfältige Nutzung seiner Informationen den größten Vorteil für die Gemeinschaft zu ziehen.

Der Verzicht auf dieses Instrument des Mikrozensus oder seine Schwächung brächten nicht nur für die Gestaltung der staatlichen Verhältnisse, sondern auch für Wissenschaft und Wirtschaft schwerwiegende Informationsnachteile und Wissensdefizite.

Ausblick

Statistik bleibt also nach wie vor notwendige Grundlage rationaler politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen. Sie ist zugleich ein Instrument der Erfolgskontrolle und gibt Indikatoren für wichtige Veränderungen des täglichen Lebens wie für den politischen Handlungsbedarf. Wird die Statistik behindert, führt das zu Ungenauigkeiten und damit indirekt zu Fehlinvestitionen der öffentlichen Hand, letztlich zu Lasten des Steuerzahlers und der Gesamtwirtschaft. Das kann niemand wollen.

Statistik wird also auch „nach Karlsruhe“ ihrer praktischen Bedeutung entsprechend weitergeführt werden. Sie muß sich der Entwicklung der allgemeinen Lebensverhältnisse anpassen und deren raschen Veränderungen folgen können. Der Gesetzgeber sollte daher die Bedingungen für ausreichende Flexibilität der amtlichen Statistik schaffen, damit sie die erforderlichen Daten noch rascher, noch problemorientierter und unter Einsatz sparsamster Mittel liefern kann. Die Statistik wird sich dabei entsprechend ihrer Tradition wie nach den vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Regeln des „informationellen Selbstbestimmungsrechts“ und in voller Anerkennung des Datenschutzes verhalten. Das sind Begrenzungen, die jedoch den Informationsfluß nicht behindern dürfen. Statistik — so verstanden — gewährt dem Politiker, dem Publizisten, dem Wissenschaftler, der Öffentlichkeit *einen Durchblick* durch Probleme und Entwicklungen der Allgemeinheit, sie bietet aber *keinen Einblick* in die Sphäre des einzelnen.

Anhang

Wiesbaden, 23. 4. 1985

Auszüge aus der Stellungnahme des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, anläßlich der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zum Entwurf eines Volkszählungsgesetzes vom 17. April 1985

Volkszählung — Inventur des Staates

In der Diskussion um Nutzen und Notwendigkeit der amtlichen Statistik im allgemeinen, der Volkszählung im besonderen schleicht sich immer wieder die Furcht vor Zahlen, Zählen und Gezähltwerden ein. Dabei werden alltägliche Erfahrungen und Arbeitsprozesse negiert; niemand bezweifelt beispielsweise Nutzen und Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen wahren und gutgegliederten Buchhaltung für einen Betrieb. Jeder weiß, daß ein Unternehmen — gleich welcher Größe —, dessen Buchhaltung nicht Aufschluß gibt über die Finanzlage, über Außenstände, über Verpflichtungen, über Lagerbestände, nur unter zweifelhaften Glücksumständen längere Zeit ohne große Verluste geführt werden und überhaupt überleben kann.

Gerade der Vergleich der amtlichen Statistik mit der unternehmerischen Buchhaltung vermag die Anforderung der Statistik für das „Unternehmen Staat“ deutlich zu machen. Die Ordnungsmäßigkeit staatlichen Handelns schlägt sich keinesfalls nur in Haushaltsrechnungen, sondern weit mehr in den Statistiken über den Zustand der Gesellschaft und ihrer Gruppen nieder. Diese Statistiken sind dann je nach Betrachtungsweise ein Widerspiegeln unter anderem der Folgen staatlicher Maßnahmen, insbesondere aber entscheidende ra-

tionale Erkenntnisgrundlage für die Gestaltung künftiger Politik, also für die zweckmäßige Ordnung der Lebensverhältnisse in der staatlichen Gemeinschaft.

Daher gilt für den Statistiker wie für den Buchhalter, daß er die Informationen, die erhoben werden, nicht für sich braucht, sondern für die Auftraggeber. Streng theoretisch wäre die Frage nach Nutzen und Notwendigkeit der Statistik also von Ministerien, parlamentarischen Fraktionen, Wirtschaftsverbänden, Wissenschaft usw. direkt zu beantworten. Der Gesamtauftrag für die amtliche Statistik legt es allerdings nahe, auch eine Gesamtbetrachtung anzustellen, und dazu gehört, daß die Auskünfte, die von Betrieben und Bürgern an die amtliche Statistik gehen, möglichst intensiv genutzt werden sollten, um bei einem Minimum an Fragen möglichst viele statistische Informationen — also abgelöst von der Person des Auskunftgebers — zu erhalten. Daher muß eben auch die amtliche Statistik selbst diese Frage mitbeantworten.

Kann man somit die laufenden amtlichen Statistiken als korrekte Buchführung des Staates bezeichnen, so wird die Notwendigkeit einer Volkszählung als „Inventur des Staates“ offensichtlich: Jedes Unternehmen — von der Aktiengesellschaft bis hin zum Tante-Emma-Laden — ist verpflichtet, in bestimmten Abständen eine Inventur durchzuführen. Eine solche Inventur, eine Bestandsaufnahme, stellt die Volkszählung für den Staat dar; sie ist also unerläßlich, da die amtliche Statistik ohne Volkszählung ebenso fehlerhaft wird wie die Buchhaltung der Unternehmen ohne regelmäßige Inventur. Die Volkszählung — als vollständige Zählung — ist Basis der amtlichen Statistiken — davon viele Stichprobenerhebungen —, wie die Inventur Grundlage der Einzelrechnungen der Buchhaltung ist.

Wenn auch die Volkszählung als grundlegendes Instrument der Gesamtstatistik anzusehen ist und viele ihrer Auswirkungen indirekt entfaltet, so ist doch erkennbar, daß sie eine ganze Reihe von Bedürfnissen direkt erfüllt. Dabei muß zunächst gesehen werden, daß die Volkszählung nicht nur für den Bund von Bedeutung ist, sondern für die Bundesrepublik in ihren verschiedenen öffentlichen Stufen, also für Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, feste Ergebnisse liefern muß. Sie soll für alle diese Bereiche klar absolute Zahlen der Einwohner in ihrer Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht, Beruf usw., der Gebäude, der Wohnungen, der Arbeitsstätten erbringen. Wenn dieses Ziel durch unzweckmäßige Gestaltung der Volkszählung verpaßt wird, dann entsteht die Gefahr von regionalen Sondererhebungen, die insgesamt die Bürger gleichermaßen belasten, aber keinen vernünftigen Vergleich zwischen den Regionen und von den Regionen zu Ländern und Bund möglich machen. In einem Industriestaat mit hohem Informationsbedarf und mit der Notwendigkeit situationsangepaßter Aktionen und Reaktionen von Gesetzgebung und Verwaltung wäre dies ein Rückschritt, etwa vergleichbar der Aufgabe des metrischen Systems und der Einführung regionaler Maßeinheiten, so wie im Mittelalter die Stadtelle am Tor hing, damit reisende Kaufleute Bescheid wußten. Das kann niemand wollen.

Die absoluten Zahlen sind nicht nur für verwaltungsinterne Bedürfnisse von Bedeutung. Auf ihnen beruhen die Planungen der Gemeinden ebenso wie die Vorausschätzungen von Auswirkungen staatlicher Maßnahmen, die direkt oder indirekt auch den einzelnen Bürger betreffen.

Die Frage nach Nutzen und Notwendigkeit der Volkszählung für den einzelnen läßt sich also nicht immer

direkt und konkret beantworten, sondern die Situation ist vergleichbar mit der Bedeutung der Inventur bzw. der Buchhaltung für die Mitarbeiter von Betrieben. Es kann nicht angegeben werden, bei wieviel Prozent Fehlerhaftigkeit der Buchhaltung alle oder viele Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren, wohl aber ist sicher, daß bei fehlender Übersicht über Möglichkeiten und Verpflichtungen Fehlentscheidungen den Bestand des Unternehmens und die Chancen seiner Mitarbeiter gefährden.

Für den einzelnen, für Bund, Länder und Gemeinden können Fehlentscheidungen und Fehlplanungen besonders in den nachfolgenden Bereichen existenzgefährdend wirken. Daher darf die Volkszählung nicht länger hinausgezögert werden.

Arbeitsmarktpolitik

Eines der großen Probleme unserer Zeit ist die Arbeitslosenfrage. Die Arbeitslosen, d. h. diejenigen, die sich als solche bei der Arbeitsverwaltung gemeldet haben, sind zahlenmäßig von der Bundesanstalt für Arbeit leicht zu erfassen. Für die Beurteilung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und der möglichen Gegenmittel sind aber Zahlen und Daten über die Beschäftigten und über deren Zusammensetzung nach Lebensalter, Geschlecht und Beruf erforderlich, und dies nicht etwa nur für den Bund oder die Länder, sondern auch für einzelne Regionen. Auch sind entsprechende Nachweisungen über die vorhandenen Arbeitsstätten nach Branchen notwendig, um den verschiedenen Stellen von der Bundesanstalt über die Wirtschaftsministerien des Bundes und der Länder bis zu den Gemeinden Möglichkeiten einer regionalen Arbeitspolitik, also einer Fürsorge für den Mitbürger am Ort, möglich zu machen.

Eine derzeit besonders drängende Frage des Arbeitsmarktes ist die Lehrstellenproblematik. Nicht nur die Frage, ob, wie viele und wo es Lehrstellen gibt, sondern auch die Bewertung der Chancen in einzelnen Berufen hängt von solchen Daten ab. Können wir es uns wirklich leisten, die Lebenschancen unserer jungen Generation an der mangelnden Aufgeschlossenheit zur Durchführung der notwendigen Erhebungen schwächer werden zu lassen?

Rentenentwicklung

Mehr und mehr beherrscht die Frage nach der Rentenentwicklung die Diskussion alter Menschen, aber auch derjenigen, die in absehbarer Zeit aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden, oft vorzeitig ausscheiden, um Jüngeren Chancen zu eröffnen. Eine vernünftige, nach menschlichem Ermessen zutreffende Vorausschätzung der Belastungen der Rentenversicherung ist ohne absolute Zahlen über die Erwerbstätigen und damit ohne Volkszählung überhaupt nicht zu machen, es sei denn, man nähme große Unsicherheiten hinsichtlich der Verpflichtungen der Rentenversicherungen und der künftigen Beitragszahler und Unsicherheiten über die Rentenhöhe der Versicherten in Kauf. Das sind dann aber Risiken, die durch die Zählung kalkulierbar werden und damit ausgeschlossen werden können. Keine private Versicherung könnte sich einen solchen Vorgang leisten.

Wohnungsversorgung

Die Zahl der Wohnungen, die dem Markt als Wohnungen zur Verfügung stehen, ihr Zustand, ihre Größe, die Frage, wie weit diese Wohnungen belegt sind, wie viele seit längerer Zeit und in welcher Ge-

gend leerstehen, ist für eine sachgerechte Politik des Bundes, der Länder und der Gemeinden unerlässlich. Sie ist nur mit großen Unsicherheiten zu beantworten. Der Streit der vergangenen Monate zwischen den verschiedenen Verbänden, die Diskussion mit den zuständigen Regierungsstellen und Parlamentsausschüssen hat dies zur Genüge gezeigt. Fehlinvestitionen allein auf diesem Gebiet kosten die öffentliche Hand ein Vielfaches der Ausgaben, die die Volkszählung als einmaliger Aufwand im Zehn-Jahre-Rhythmus erfordert.

Umweltschutz

Gerade die allgemein zunehmende Sensibilität gegenüber Umweltschutzfragen müßte zu einer Befürwortung der Volkszählung führen. Erst regional tief gegliederte Angaben über die Art der Beheizung, über verwendete Heizenergien, über Pendler- und Individualverkehr können das konkrete Ausmaß privater Emissionen aufzeigen. Eine konstruktive Umweltpolitik braucht Daten über die derzeitigen Umweltbelastungen, um Möglichkeiten einer regional gezielten Entlastung der Umwelt zu entwickeln. Auch für Energiebedarfschätzungen bzw. eventuelle Energieeinsparungsmöglichkeiten sind die präzisen Ergebnisse der Volkszählung unverzichtbar.

„Ja“ zur Inventur des Staates 1986

Eine breite Zustimmung zur Volkszählung 1986, die Bereitschaft jedes einzelnen, durch die Beantwortung weniger Fragen zur zukünftigen zweckmäßigen Gestaltung des Staatswesens — und damit auch zur optimalen Gestaltung der eigenen Zukunft — beizutragen, ist Voraussetzung der Durchführung der geplanten Volkszählung.

Akzeptanz kann nur durch Information und Unter-
richtung und durch die Fürsprache und Zustimmung
von Persönlichkeiten erreicht werden, die der Bevöl-
kerung als glaubhafte Wahrer des allgemeinen Inter-
ses bekannt sind. So muß der breitgefächerten Öffent-
lichkeitsarbeit zunächst die Diskussion der Notwen-
digkeit, der sachlichen Bedeutung und der Durchführ-
barkeit der Volkszählung im Parlament vorangehen.
Nach dieser Diskussion unter der Beteiligung unter-
schiedlichster Wissensträger, wie sie das heute bei die-
ser Anhörung praktizieren, nach der daraus folgenden
Erkenntnis der Notwendigkeit einer baldigen Volks-
zählung im Interesse der Bürger sollte das Gesetz be-
schlossen werden.

Erst auf der Grundlage des Volkszählungsgesetzes,
wenn Inhalt, Form und Zeitpunkt der geplanten
Volkszählung bekannt sind, kann dann die konkrete
Information der Öffentlichkeit einsetzen. Nutzen und
Notwendigkeit der Volkszählung zu verdeutlichen,
wird dabei die vordringliche Aufgabe sein, um das Ver-
trauen der Bürger in diese Maßnahme zu gewinnen.

Diese Vertrauenswerbung braucht auch die Unterstüt-
zung aller tragenden politischen Kräfte. Wie soll bei
den Bürgern Vertrauen entstehen, wenn sie durch ein
unentwegtes Hin und Her von Ja und Nein, von recht-
lichen Bedenken, von immer neuen Alternativüberle-
gungen, Terminverschiebungen verunsichert werden
und nicht einmal die bedeutsame Tatsache, daß das
Bundesverfassungsgericht die Volkszählung als Instru-
ment für verfassungsgemäß und sachlich notwendig
erklärt hat, richtig bekannt werden kann? Das Gewirr
der politischen, sachlichen, rechtlichen und methodi-
schen Probleme sollte im Parlament zu einem Konsens
geführt werden, zu einem demokratischen Kompromiß,
an dem dann aber auch alle Beteiligten festhalten

und zu dem alle stehen sollten. Nach Finden dieses Konsenses sind sicherlich mancherlei zusätzliche vertrauensbildende Maßnahmen denkbar, an denen sich die amtliche Statistik beteiligt, die aber vor allem durch die Politik getragen werden müssen.

Es wäre schlecht um unsere Gesellschaft und um unser demokratisches System bestellt, wenn die Konsensfähigkeit der verschiedenen Gruppen nicht einmal ausreichte, eine sachliche, in aller Welt betriebene, für rationale Politik unentbehrliche Zählung durchzusetzen.

„Ja“ zur Inventur des Staates 1986 — dies muß die einstimmige Antwort auf die Frage nach der Volkszählung werden, zum einen aus der Erkenntnis von Nutzen und Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme des Staates und der Bevölkerung, der sie dient, zum anderen aus der Erkenntnis der Dringlichkeit der *aktuellen* Datenbeschaffung. Eine eventuelle Verschiebung auf 1988 oder 1990 würde die Gefahr von Fehlplanungen weiter erhöhen. Die nächste Zählung nach 1986 in der Bundesrepublik Deutschland müßte dann voraussichtlich erst im Jahr 2000 durchgeführt werden, im Jahr 1990 — dem Jahr der weltweiten Zählung — könnten die Daten fortgeschrieben werden.

Das „Ja“ zur Inventur des Staates 1986, die breite Akzeptanz der Volkszählung in der Bevölkerung angesichts des vielfältigen Nutzens und der dringenden Notwendigkeit der Bestandsaufnahme wird zur sachgerechten, sinnvollen Gestaltung der Zukunft der sozialen Gemeinschaft und des einzelnen beitragen, ja dafür unbedingt erforderlich sein. Wir, die Mitarbeiter der amtlichen Statistik, wollen dazu tun, was in unseren Kräften steht.

TEXTE + THESEN

GESAMTVERZEICHNIS

Politik

- Dalma, Rován, Vermehren,
Rasumovsky, Ramseier
Euro-Kommunismus
ISBN 3-7201-5079-8
- Fromme, Friedrich K.
Der Parlamentarier — ein Freier
Beruf?
ISBN 3-7201-5103-4
- Gysling, Erich
Arabiens Uhren gehen anders
ISBN 3-7201-5149-2
- Heck, Bruno
Vaterland Bundesrepublik?
ISBN 3-7201-5174-3
- Hillgruber, A./Hildebrand, K.
Kalkül zwischen Macht und
Ideologie
ISBN 3-7201-5125-5
- Höpker, Wolfgang
Aktionsfeld Pazifik
ISBN 3-7201-5112-3
- Höpker, Wolfgang
Sozialistische Internationale
ISBN 3-7201-5148-4
- Kirsch, Botho
Kalter Friede — was nun?
ISBN 3-7729-5053-1
- Kisielewski, Stefan
Polen — oder die Herrschaft der
Dilettanten
ISBN 3-7201-5111-5
- Langguth, Gerd
Der grüne Faktor
Von der Bewegung zur Partei?
ISBN 3-7201-5169-7
- Lauer, Heinz
Bürokratisierte Demokratie
ISBN 3-7201-5157-3
- Lobkowicz, Nikolaus
Marxismus und Machtergreifung
ISBN 3-7201-5101-8
- Mayer-Tasch, Peter C.
Die Welt als Baustelle
ISBN 3-7201-5143-3
- Meissner, Boris
Sowjetische Kurskorrekturen
ISBN 3-7201-5168-9
- Oberreuter, Heinrich
Kann der Parlamentarismus
überleben?
ISBN 3-7201-5093-3
- Oberreuter, Heinrich
Übermacht der Medien
ISBN 3-7201-5144-1
- Oberreuter, Heinrich
Parteien — zwischen
Nestwärme und
Funktionskälte
ISBN 3-7201-5165-4
- Ortlieb, Heinz-Dietrich
Was wird aus Afrika?
ISBN 3-7201-5074-7
- Ortlieb, Heinz-Dietrich
Vom totalitären Staat zum totalen
Egoismus
ISBN 3-7201-5105-0
- Pauls, Rolf F.
Rettet uns die Rüstungspolitik?
ISBN 3-7201-5152-2
- Roegel, Otto B.
Medienpolitik — und wie man
sie macht
ISBN 3-7729-5040-X
- Rühle, Hans
Angriff auf die Volksseele
Über Pazifismus zum Weltfrieden?
ISBN 3-7201-5175-1
- Sontheimer, Kurt
Der unbehagliche Bürger
ISBN 3-7201-5122-0
- Ströbinger, Rudolf
Roter Kolonialismus
ISBN 3-7201-5131-X

Veen/Meissner/Domes/Kux/
Mertes
Wandel im Kommunismus
ISBN 3-7201-5114-X

Weidenfeld, Werner
Ratlose Normalität
Die Deutschen auf der Suche
nach sich selbst
ISBN 3-7201-5172-7

Wingen, Max
Kinder in der Industriegesellschaft
— wozu?
ISBN 3-7201-5146-8

Zimmermann, Ekkart
Massen-Mobilisierung
ISBN 3-7201-5163-8

Zöller, Michael, Hrsg.
Aufklärung heute
ISBN 3-7201-5126-3

Wirtschaft

Andreae, Clemens-August
Vom Boß zum Partner
ISBN 3-7201-5154-9

Huppert, Walter
Sozialpolitik — Stolz der Nation
ISBN 3-7201-5145-X

Jenny, Hans
Das neue Afrika
ISBN 3-7201-5127-1

Jungblut, Michael
Je mehr er hat, je mehr er will . . .
ISBN 3-7201-5133-6

Kirsch, Botho
Zwischen Marx und Murks
ISBN 3-7201-5123-9

Obst, Werner
Reiz der Idee —
Pleite der Praxis
Ein deutsch-deutscher
Wirtschaftsvergleich
ISBN 3-7201-5158-1

Pentzlin, Heinz
Arbeitslos — Los der Zukunft?
ISBN 3-7201-5085-2

Schoeck, Helmut
Ist Leistung unanständig?
ISBN 3-7729-5013-2

Zeller, Willy
Die unvollendete Union
ISBN 3-7201-5092-5

Gesellschaft

Fisch, Mascha M.
Zwischen Abenteuer und Frust
Frauen in ungewöhnlichen
Berufen
ISBN 3-7201-5173-5

Helbling, Hanno, Hrsg.
Religionsfreiheit im
20. Jahrhundert
ISBN 3-7201-5094-1

Helle, Horst J.
Familie — Zwischen Bibel
und Kinsey-Report
ISBN 3-7729-5046-9

Hellmer, Joachim
Verdirbt die Gesellschaft?
ISBN 3-7201-5132-8

Höhler, Gertrud
Gesinnungskonkurrenz der
Intellektuellen
ISBN 3-7201-5106-9

Hoff, Klaus
Wie modern ist konservativ heute?
ISBN 3-7729-5038-8

Klose, Werner
Stafetten-Wechsel
Fünf Generationen
formen unsere Welt
ISBN 3-7201-5160-3

Kühn, Evelyn
Viel Staat —
doch wenig Recht
ISBN 3-7201-5137-9

Lehr, Ursula
Ist Frauenarbeit schädlich?
ISBN 3-7201-5116-6

Lenk, Hans
Eigenleistung
Plädoyer für eine
positive Leistungskultur
ISBN 3-7201-5164-6

Lenk, Hans
Die achte Kunst
Leistungssport — Breitensport
ISBN 3-7201-5176-X

Leuenberger, Theodor
Lebenskonzepte: Brauchen
wir veränderte Leitbilder?
ISBN 3-7201-5139-5

Lindner, Roland, Hrsg.
Verspielen wir die Zukunft?
Gespräche über Technik
und Glück
ISBN 3-7201-5150-6

Lobkowitz, N./Hertz, A.
Am Ende aller Religion?
ISBN 3-7201-5077-1

Lübbe, Hermann
Zwischen Trend und Tradition
ISBN 3-7201-5136-0

Maier, Hans
Die Grundrechte des Menschen im
modernen Staat
ISBN 3-7729-5036-1

Mast, Claudia
Aufbruch ins Paradies?
Die Alternativbewegung
und ihre Fragen an die
Gesellschaft
ISBN 3-7201-5124-7

Mast, Claudia
Zwischen Knopf und Kabel
ISBN 3-7201-5161-1

Meier-Bergfeld, Peter
Staats(ver)diener?
ISBN 3-7201-5166-2

Meves, Christa
Werden wir ein Volk
von Neurotikern?
ISBN 3-7201-5081-X

Noelle-Neumann, Elisabeth
Werden wir alle Proletarier?
ISBN 3-7201-5102-6

Noelle-Neumann, Elisabeth
Eine demoskopische
Deutschstunde
ISBN 3-7201-5155-7

Roegele, Otto B., Hrsg.
Das dritte Alter
ISBN 3-7729-5043-4

Roegele, Otto B.
Was wird aus dem gedruckten
Wort?
ISBN 3-7201-5099-2

Roegele, Otto B.
Neugier als Laster und Tugend
ISBN 3-7201-5142-5

Schmitz-Moormann, Karl
Menschenwürde
ISBN 3-7201-5117-4

Silbermann, Alphons
Der ungeliebte Jude
ISBN 3-7201-5134-4

Silbermann, Alphons
Was ist jüdischer Geist?
ISBN 3-7201-5167-0

Streithofen, Basilius H.
Schlüsselwort Frieden
ISBN 3-7201-5147-6

Usbeck, Ilse
Studenten-Muffel
ISBN 3-7201-5153-0

Wilhelm, Theodor
Die Rede vom Partner
ISBN 3-7201-5129-8

Wingen, Max
Nichteheliche
Lebensgemeinschaften
Formen — Motive — Folgen
ISBN 3-7201-5171-9

Wulffen, Barbara von
Zwischen Glück und Getto
ISBN 3-7201-5128-X

Kultur/Bildung

Betz, Werner
Verändert Sprache die Welt?
ISBN 3-7201-5097-6

Claus, Jürgen
Umweltkunst
ISBN 3-7201-5151-4

Heuschele, Otto
Gespräche zwischen den
Generationen
ISBN 3-7201-5119-0

Maier, Hans
Sprache und Politik
ISBN 3-7201-5080-1

Mensing, Wilhelm
Maulwürfe im Kulturbet
ISBN 3-7201-5156-5

Nipperdey, Thomas, Hrsg.
Hochschulen zwischen Politik
und Wahrheit
ISBN 3-7201-5140-9

Roellecke, Gerd
Wird das Falsche falsch studiert?
ISBN 3-7201-5118-2

Rosenberg, Alfons
W. A. Mozart
ISBN 3-7201-5076-3

Ross, Werner
Mit der linken Hand
geschrieben . . .
Der deutsche Literaturbetrieb
ISBN 3-7201-5170-0

Schmitt, Hatto H.
Vademecum für empörte Eltern
ISBN 3-7201-5096-8

Seel, Wolfgang
Das anstrengende Vorbild
Japan — vom Kindergarten bis
zur Industrieforschung
ISBN 3-7201-5159-X

Natur/Umwelt

Hammer, Felix
Selbstzensur für Forscher?
ISBN 3-7201-5162-X

Illies, Joachim
Nicht Tier, nicht Engel
ISBN 3-7201-5059-3

Illies, Joachim
Adolf Portmann, Jean Gebser,
Johann Bachofen
Drei Kulturforscher
ISBN 3-7201-5067-4

Illies, Joachim
Der Mensch in der Schöpfung
ISBN 3-7201-5088-7

Illies, Joachim
Schöpfung oder Evolution
ISBN 3-7201-5121-2

Illies, Joachim
Theologie der Sexualität
ISBN 3-7201-5135-2

Jordan, Pascual
Wie frei sind wir?
ISBN 3-7729-5018-3

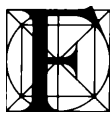
Maier-Leibnitz, Heinz
An der Grenze zum Neuen
ISBN 3-7201-5090-9

Maier-Leibnitz, Heinz
Der geteilte Plato
ISBN 3-7201-5138-7

Mayrhofer, Franz
Warum sind alle unzufrieden?
ISBN 3-7201-5130-1

Verhülsdonk, Eduard
Logenplatz im Universum
ISBN 3-7729-5012-4

Die Reihe wird fortgesetzt. Fordern Sie Sonderprospekte an:



Edition Interfrom · Zürich

Vertrieb für die Bundesrepublik Deutschland:

Verlag A. Fromm · Osnabrück